

Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V. (Hg.)

1981 | 3

1981

<https://doi.org/10.25969/mediarep/18308>

Veröffentlichungsversion / published version

Teil eines Periodikums / periodical part

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V. (Hg.): 1981 | 3, Jg. 7 (1981),
Nr. 3. DOI: <https://doi.org/10.25969/mediarep/18308>.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Creative Commons -
Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0/
Lizenz zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz
finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Terms of use:

This document is made available under a creative commons -
Attribution - Share Alike 4.0/ License. For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Studienkreis Rundfunk und Geschichte Mitteilungen

7. Jahrgang Nr. 3 - Juli 1981

Nachrichten und Informationen: Zwölfte Jahrestagung und ordentliche Mitgliederversammlung - Kontakte, Austausch und Planspiel: Anmerkungen zum 9. Doktoranden-Kolloquium - 20 Jahre ZDF	Seite 142
Schwarzes Brett: Ludwig von Danwitz (1910-1981) - Timothy Huxley Eckersley (1914-1980) - Saul Kussiel Padover (1905-1981) - Fritz Umgelter (1922-1981) - Nachlaß Peter M. Lindt - Diagnostischer Durchbruch - Forschungsauftrag - Entwicklungshilfe - An die Redaktion der MITTEILUNGEN	Seite 146
Winfried B. Lerg: Vom Kulturinstrument zum Führungsmittel - Rundfunkkontrolle in Deutschland bis 1945/Zweiter Teil	Seite 156
Arnulf Kutsch: Die periodisch dokumentierte Rundfunkliteratur - Ein Hinweis anlässlich des Erscheinens des fünften Jahresbandes "Aufsatznachweis HÖRFUNK und FERNSEHEN" von Rudolf Lang	Seite 167
Bibliographie: Zeitschriftenlese 20 (1.3.1981-31.5.1981 und Nachträge)	Seite 176
Besprechungen: Knut Hickethier: Das Fernsehspiel der Bundesrepublik	Seite 179
Erhard Schreiber/Wolfgang R. Langenbacher/Walter Hömberg (Hrsg.): Kommunikation im Wandel der Gesellschaft	Seite 181
Hartmut Reichardt (Hrsg.): Neue Medien - Alte Politik	Seite 182
Sigfrid von Weiher: Tagebuch der Nachrichtentechnik von 1600 bis zur Gegenwart	Seite 184
Gesamtverzeichnis der Tonträger Nr.1: Zeitgeschichte 1946-1954	Seite 185
Tondokumente im Schallarchiv des Norddeutschen Rundfunks, Bd. 9	Seite 185

NACHRICHTEN UND INFORMATIONEN

Zwölfte Jahrestagung und ordentliche Mitgliederversammlung

Die 12. Jahrestagung und ordentliche Mitgliederversammlung des Studienkreises findet, wie angekündigt, am 20./21. November 1981 in Köln statt. Tagungsort ist das Funkhaus des Deutschlandfunks, Raderberggürtel 40. Die Tagung beginnt - wie schon in den letzten Jahren - mit einem Kamingespräch am Vorabend, das am 19.11. im Foyer der Intendanten-Etage beim Deutschlandfunk geführt werden soll.

Das Generalthema der 12. Jahrestagung sind die Probleme der Programmgeschichte. Von ihnen wird, bezogen auf den Deutschlandfunk, schon am Kaminabend die Rede sein, den Prof. Dr. Rolf Steininger (Hannover) leitet. Als Teilnehmer am Kamingespräch haben zugesagt: Dr. Kurt Wagenführ (Gauting) und DLF-Intendant Richard Becker.

Das Tagungsprogramm beginnt am 20. November um 9.15 Uhr mit zwei Referaten zum Generalthema. Prof. Dr. Winfried B. Lerg (Münster) behandelt die "Programmgeschichte als Auftrag" und zieht eine Bilanz des Forschungsstandes, Prof. Dr. Friedrich P. Kahlenberg (Koblenz) wird sich mit der Erhaltung und Verfügbarkeit der Quellen als "Voraussetzung der Programmgeschichte" beschäftigen. Für den Nachmittag des 20. November und den Vormittag des 21. November sind drei Sektionen vorgesehen: "Literatur und Hörspiel", "Politik und Information" und "Spiel und Unterhaltung". In jeder Sektion soll einleitend in einem Kurzreferat der Stand der Programmgeschichte beschrieben werden.

An die dritte dieser Sektionen am Samstag, dem 21. November, schließt eine Podiumsdiskussion unter der Leitung von Dr. Dieter Roß, Hamburg, an. An ihr werden unter anderen auch die Herren

Prof. Dr. Hans Bausch, Intendant des Süddeutschen Rundfunks, und WDR-Fernsehdirektor Heinz Werner Hübner teilnehmen.

Die ordentliche Mitgliederversammlung mit der Neuwahl des Vorstands ist für Freitag, den 20. November, 17.00 Uhr, vorgesehen. Die Einladung an Mitglieder und Gäste zur Teilnahme an der 12. Jahrestagung werden bis Ende September verschickt.

Kontakte, Austausch und Planspiel

Anmerkungen zum 9. Doktoranden-Kolloquium des Studienkreises

Das diesjährige Doktoranden-Kolloquium in der Sportschule des Hessischen Fußballverbandes in Grünberg hatte drei größere Programmpunkte. Wie in den vergangenen Jahren erfolgreich durchgeführt, sollten die Kontakte zwischen den Examenskandidaten untereinander und zu Rundfunkpraktikern und Wissenschaftlern hergestellt bzw. vertieft werden. Ebenfalls einer Tradition folgend, galt es, in kleinen Arbeitsgruppen mit eingegrenzter Thematik die laufenden Dissertationsvorhaben bzw. die zu bearbeitenden Magisterarbeiten mit sachkundigen Wissenschaftlern und Medienpraktikern eingehender zu besprechen, Problemfelder zu diskutieren und Fragen zur jeweils anstehenden Thematik zu erörtern. Auf Vorschlag von Prof. Dr. Winfried B. Lerg (Münster) wurde außerdem als Experiment ein Modellversuch zur Programmüberlieferung des deutschen Rundfunks durchgeführt. Die in den vergangenen Jahren zu beobachtende rege Teilnahme am Doktoranden-Kolloquium fand auch in diesem Jahr eine erfreuliche Kontinuität, was schließlich Nützlichkeit und Wertschätzung dieser Einrichtung des Studienkreises gleichermaßen zum Ausdruck bringt. Immerhin hatten sich 26 Kandidatinnen und Kandidaten von elf Hochschulen auf den Weg nach Grünberg gemacht. Daß sie in ihrem Gepäck einige nützliche Ratschläge, Informationen und neue Kontakte zu ihren speziellen Arbeitsvorhaben sowie grundsätzliche Anregungen zur Rundfunkforschung mit nach Hause nehmen konnten, lag sicherlich zum nicht geringen Teil an der Vorbereitung der Tagung.

Erste Gelegenheit zum gegenseitigen Kennenlernen bot sich bereits am Abend des 1. Mai beim und nach dem Abendessen. Den offiziellen Beginn des Kolloquiums bildete dann am Morgen des 2. Mai die Plenarsitzung mit sämtlichen Teilnehmern, in deren Verlauf die einzelnen Vorhaben in Kurzreferaten vorgestellt und erste Fragen vorgetragen wurden. Die verständliche Zurückhaltung insbesondere der neuen Teilnehmer, die bei dieser Plenumsausprache immer wieder festzustellen ist, legte sich recht bald in der gelockerten Atmosphäre am Rande der Tagung und insbesondere während der Diskussionen in den verschiedenen Arbeitsgruppen, die im Anschluß an das Plenum zusammentraten.

Wie im letzten Jahr bereits mit einigem Erfolg praktiziert, hatte Dr. Klaus Wehmeier (Münster) auch vor dem diesjährigen neunten Treffen eine Umfrage unter den Examenskandidaten über ihre Arbeitsthemen und Wünsche durchgeführt. Zu den dabei ermittelten Themenschwerpunkten gelang es, Wissenschaftler und Rundfunkpraktiker zu finden, die sich in den Grünberger Arbeitsgruppen für Auskunft und Ratschläge zur Verfügung stellten: Dr. Uwe Rosenbaum (WDR, Köln) für die Gruppe "Hörspiel"; Dr. Lutz Huth (COMCON Institut für Medienforschung, Lindenleihgestern) für die Gruppe "Methoden der Rundfunkforschung"; Prof. Dr. Winfried B. Lerg (Institut für Publizistik/Universität Münster) für die Gruppe "Programmgeschichte des Rundfunks"; Dr. Michael Crone (Institut für Politikwissenschaft/Universität Münster) für die Gruppe "Rundfunkpolitik" sowie schließlich Dr. Edgar Lersch (Süddeutscher Rundfunk, Stuttgart) für die Gruppe "Quellen und Dokumente zur Rundfunkgeschichte".

Den Gegenstand der Nachmittags-Veranstaltung des 2. Mai bildete der Versuch, Kriterien der Programmüberlieferung des deutschen Rundfunks zu ermitteln, zu beschreiben, zu ordnen und zu bewerten. Auf Anregung und Planung von Prof. Dr. Winfried B. Lerg wurde für diesen Versuch ein Verfahren gewählt, welches nicht nur in den Sozialwissenschaften für die perspektivische Erprobung der Lösung konfliktträchtiger Entscheidungen inzwischen einige Anerkennung verbuchen kann: das Planspiel. 1) Zwei Arbeitsgruppen wählten für Hörfunk (Leitung: Prof. Dr. Winfried B. Lerg) und Fernsehen (Leitung: Arnulf Kutsch, Institut für Publizistik/Universität Münster, und Dr. Klaus Wehmeier, Institut für Politikwissenschaft/Universität Münster) anhand je eines Programmtages solche Beiträge aus, die unter rundfunk- und programmhistorischen Gesichtspunkten für aufbewahrenswert angesehen werden konnten. Dem Experiment zugrunde lag das Hörfunkprogramm von WDR 3 vom 9. April 1981 sowie das ARD- und ZDF-Programm vom 7. Mai 1981. Das Planspiel umfaßte zwei Phasen: a) Auswahl der Beiträge durch jeden Teilnehmer anhand von Programmfahnen, Zusammenfassung der Einzelergebnisse; b) Aussprache und Bewertung der Befunde. Auch wenn die Ergebnisse dieses Testes und der anschließenden Diskussion hier nicht im einzelnen wiedergegeben werden können - sie sollen während der kommenden Jahrestagung des Studienkreises im November in Köln als ein Programmpunkt eingebracht werden -, sei zusammenfassend wenigstens auf einige Resultate der Auswahl von Programmbeiträgen verwiesen. Generell plädierten die Teilnehmer an diesem Planspiel dafür, das Programm von Hörfunk und Fernsehen so umfangreich wie möglich zu archivieren und auch zu dokumentieren. Eine Präferenz ergab sich für "Wort"-Beiträge, während Musikprogramme weniger als aufbewahrenswert bezeichnet wurden. Eindeutiger Vorrang für die Archivierung wurde ferner meinungsbildenden und Informationsprogrammen vor Unterhaltungssendungen eingeräumt. Unsicherheiten stellten sich bei der für die Aufbewahrung ausgewählten Ausgaben der an einem Tag mehrfach

1) vgl. beispielsweise: Rundfunk im Planspiel. Zur Praxis neuer Methoden in der Erwachsenenbildung, hrg. von der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 1975.

gesendeten Nachrichtendienste (Nachrichtensendungen von WDR 3; "Tagesschau"- bzw. "heute"-Sendungen des Fernsehens) ein.

Gerade bei der Diskussion über den letztgenannten Punkt erwies es sich als sehr fruchtbar, daß sich in den beiden Gruppen auch Rundfunkpraktiker an der Aussprache beteiligten. So vollzog sich die Diskussion nicht nur auf einem - zwangsläufig einseitigen - akademischen Boden. Darüber hinaus konnten insbesondere die Examenskandidaten, aber auch die Wissenschaftler einige beachtenswerte Hinweise über jene Interessenskonflikte erfahren, die sich bei der Archivierung von Ton-, Film- und Schriftgut in den Rundfunkhäusern u.a. zwischen den zuständigen Archivaren und den Redaktionen abspielen. Und es war Gelegenheit, über Kapazitäten, Möglichkeiten und Grenzen der Archivierungstätigkeit des Rundfunks zu sprechen. Der Vertiefung dieses Diskussionspunktes diente schließlich das Kurzreferat von Dr. Edgar Lersch über die deutschen Rundfunkarchive, das sich am Vormittag des 3. Mai an die Berichte über die Ergebnisse der beiden Arbeitsgruppen anschloß. So unterschiedlich die Aussprache in den beiden Gruppen des Planspiels verlaufen ist, so differenziert Motivation und damit Engagement der jeweils Beteiligten auch gewesen sein mag, ein wichtiges Ziel wurde in jedem Fall erreicht: die Schaffung eines Problembewußtseins für die Programmüberlieferung.

Arnulf Kutsch

20 Jahre ZDF

Am 9. Juni 1981 wurde in der Meistermann-Halle des ZDF-Sendezen- trums in Mainz-Lerchenberg eine Ausstellung zum 20. Jahrestag der Unterzeichnung des ZDF-Staatsvertrags eröffnet. Die Ausstel- lung ist in fünf Abschnitte gegliedert - Teil A: Vor-, Grün- dungs- und Aufbaugeschichte des ZDF 1956/57 bis 1967; Teil B: Zur Geschichte des ZDF-Programms 1963-1967 ("Schwarz-Weiß-Zeit"); Teil C: Von Eschborn bis Mainz-Lerchenberg - zur Baugeschichte der ZDF-Sendezentrale 1961-1981; Teil D: Fernseh-Studiotech- nik 1963 - Das "heute"-Studio mit bild- und tontechnischen Ge- räten; Teil E: Rundfunk- und Fernsehtechnik der 50er und 80er Jahre. In filmischen Retrospektiven und einer Tonbildschau wird Haus- und Programmgeschichte des ZDF ebenso präsentiert wie der Arbeitsalltag einer überregionalen Fernsehanstalt.

Die Ausstellung ist für Besucher vom 9. Juni bis zum 19. Juli 1981 montags bis freitags von 8.30 bis 17.00 Uhr geöffnet.

Red.

SCHWARZES BRETT -----

I.

Ludwig von Danwitz (1910-1981)

Die noch vom Parlamentarischen Rat vorgenommene Wahl der, wie es damals hieß, vorläufigen Bundeshauptstadt bedeutete gleichzeitig, daß Bonn einer der wichtigsten publizistischen Beobachtungsposten werden würde. Der NWDR, in dessen Sendegebiet die Bundeshauptstadt lag, hatte zunächst für die erforderlichen Rundfunkeinrichtungen in Bonn zu sorgen. Das erste Studio des NWDR wurde dort im November 1949 in Betrieb genommen. Es war der Hamburger Generaldirektion unmittelbar unterstellt und wurde vom Chef der Kölner Hauptabteilung Politik, Walter Steigner, geleitet.

Nach der Auflösung des NWDR errichtete der neuentstandene Westdeutsche Rundfunk, geleitet von der inzwischen gewachsenen publizistischen Bedeutung der Bundeshauptstadt, 1955 sein eigenes (Hörfunk-) Studio in Bonn, das nun direkt der Kölner Hauptabteilung Politik unterstand. Zum Leiter dieser für die Berichterstattung über die Bundespolitik so wichtigen Einrichtung des WDR wurde am 1. November 1955 (also noch zwei Monate vor dem Beginn der Sendungen des WDR am 1. Januar 1956) ein Journalist berufen, der zu den publizistischen Gründungsvätern Bonns gehörte: Ludwig von Danwitz. Bis zu seinem Ausscheiden am 30. April 1975 hat er das Hörfunk-Studio Bonn des WDR zwanzig Jahre lang geleitet, anfangs nur unterstützt durch seinen Mitarbeiter Wilhelm Papenhoff. Mit seinen brillianten, auf großer Sachkenntnis fußenden Beiträgen, die fast täglich im Programm des WDR zu hören waren (z.B. in den Sendereihen 'Von Tag zu Tag' oder 'Auf ein Wort'), hatte er hervorragenden Anteil an Berichterstattung, Analyse und Kommentierung des bundespolitischen und internationalen Tagesgeschehens über einen Zeitraum hinweg, der fast eine ganze Menschengeneration ausmachte und dessen zeitgeschichtliche Spannweite von den ersten Kabinetten Adenauers bis zur sozial-liberalen Koalition Schmidt/Genscher reichte.

Wenn eine Sozialgeschichte des deutschen Nachkriegsrundfunks bestätigen sollte, daß die bedeutenden politischen Redakteure und Kommentatoren dieses Mediums in der Mehrzahl ihr journalistisches Rüstzeug nicht beim Rundfunk, sondern bei der Zeitung erworben haben, so wird dieser Befund in Ludwig von Danwitz seine besondere Bestätigung finden.

Geboren am 6. April 1910 in Berlin-Wilmersdorf, wuchs von Danwitz seit 1916 in Bad Godesberg auf und bestand am dortigen Aloysius-Kolleg 1928 das Abitur. In Elternhaus und Schule

offenbar in katholischem Geist erzogen, behielt er den Habitus eines Konservativen während seiner langen Berufsjahre bei. Nach kurzem Studium der Fächer Germanistik, Romanistik und Geschichte an der Universität Bonn und der Pariser Sorbonne begann von Danwitz seine journalistischen Lehrjahre 1931 bei dem in Hamm erscheinenden 'Westfälischen Kurier', einer dem Zentrum nahestehenden Tageszeitung mit regionaler Bedeutung, für welche er seit 1936 den Handels- und Sportteil verantwortlich leitete. 1939 wechselte er zu dem nicht unbedeutenden westdeutschen Mittagsblatt 'Der Mittag', der im Düsseldorfer Droste-Verlag erschien. Bereits im gleichen Jahr wurde er zur Luftwaffe eingezogen, welcher er bis zum Kriegsende als aktiver Soldat angehörte.

1946 kehrte von Danwitz wieder an den Ort seiner ersten journalistischen Tätigkeit, nach Hamm, zurück und wurde Redakteur beim 'Westfälischen Anzeiger'. Schon ein Jahr später verlegte er seinen Arbeitsplatz allerdings an den Rhein und verfolgte seit 1947 das politische Geschehen in der werdenden Bundeshauptstadt als Bonner Korrespondent für verschiedene Blätter, u.a. für den christlich-demokratisch orientierten 'Westfälischen Anzeiger und Kurier' (Hamm), das konservativ ausgerichtete Paderborner 'Westfälische Volksblatt', die in Düsseldorf erscheinende katholische Wochenzeitung 'Michael' und die Mainzer 'Allgemeine Zeitung'; zudem arbeitete er als Deutschlandkorrespondent für die 'Salzburger Nachrichten'. In Bonn gehörte er auch zu den Gründern der Bundespressekonferenz und des Deutschen Presseclubs. Im Oktober 1955 war er für die Leitung des neu eingerichteten Bonner Büros des 'Münchner Merkurs' vorgesehen.

Was Ludwig von Danwitz in diesen Tagen des Jahres 1955 veranlaßte, im Alter von immerhin fast 46 Jahren das Medium zu wechseln und zum Hörfunk zu gehen, ist nicht eindeutig zu beantworten. Es entsprach jedenfalls kaum seiner Mentalität, sich auf eine sicherlich aussichtsreiche Karriere zu verlegen. Sonst hätte er seine Bonner Funktion nicht über einen derart außergewöhnlich langen Zeitraum beibehalten. So dürften ihn doch wohl die publizistischen Möglichkeiten des Hörfunks gereizt haben, möglicherweise zudem die Aufgaben, die mit Aufbau und Leitung des Bonner WDR-Studios verbunden waren.

Bei seinen Kollegen und den Bonner Politikern - nicht nur aus dem Lager der ihm nahestehenden CDU/CSU - genossen Urteil und Rat von Danwitz' hohe Achtung, nicht zuletzt wegen der gemessenen Tonlage seiner stets kritisch-engagierten Sendungen. Im positiven Sinne hat er für den Tag gearbeitet und gerade durch die Konzentration auf diesen Auftrag einen vorzüglichen Beitrag für die politische Meinungsbildung in unserem Lande geleistet. Ludwig von Danwitz starb am 22. Februar 1981 in Bonn.

Buchpublikation:

Ludwig von Danwitz: A propos Barzel.
Politische Anmerkungen.
Düsseldorf und Wien: Econ Verlag 1972

II.

Timothy Huxley Eckersley (1914-1980)

Als er zur Jahrestagung der internationalen Vereinigung der Musikbibliotheken (IAML) und der Schallarchive (IASA), die im August 1980 in Cambridge stattfand, nach längerer Pause in den Kreis der Kollegen zurückkehrte, konnte niemand ahnen, wie kurz die ihm noch verbleibende Frist sein sollte. Von Krankheit gezeichnet zwar, doch mit dem ihm eigenen Optimismus und Engagement widmete er sich den vielfältigen Aspekten der Tonaufzeichnung im Rundfunk, die auch sein Leben bestimmten, das zu früh am 10. Oktober 1980 endete. Noch in Cambridge hatten die Mitglieder der IASA seine Verdienste um das Schallarchivwesen durch Verleihung der Ehrenmitgliedschaft honoriert.

Timothy Eckersley war, als ich ihn 1947 in London kennenlernte, Leiter des Schallarchivs der BBC und übernahm in späteren Jahren eine übergeordnete Funktion, in der er für das gesamte Gebiet der Hörfunk-Tonaufzeichnung in der größten Rundfunkanstalt verantwortlich war und bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand 1974 blieb.

Sein besonderes Interesse galt den Aufgaben der Dokumentation von Tonträgerbeständen in Archiven des Rundfunks, der Entwicklung von Selektionsprinzipien für das dem Schallarchiv anvertraute Aufnahmegut, der Erstellung qualifizierter Kataloge über das verfügbare Programmvermögen, wie auch allen Maßnahmen zur Erhaltung und sachgemäßen Unterbringung des Ton-Aufnahme-Materials. Schon bald erkannte er die Bedeutung internationaler Bindungen und Begegnungen unter den Schallarchivaren. So brachte er mit nie erlahmender Beharrlichkeit und Überzeugungskraft die Gründung einer Schallarchiv-Expertengruppe zustande, die im Februar 1967 erstmals zusammentrat und sich innerhalb der Europäischen Rundfunk Union konstitutierte. Dieses Gremium, das er stets als "pressure group" zu bezeichnen pflegte, verstand er als ständige Mahnung an Hörfunk-Programmdirektoren und -Redakteure, den Reichtum der Tonträgerbestände in den Schallarchiven der Anstalten zu erkennen und das dort angesammelte Potential dem Programmgeschehen immer wieder nutzbar zu machen.

Der Förderung eines solchen Dokumentationsbewußtseins diente auch Eckersleys entschiedenes Eintreten für eine möglichst enge Zusammenarbeit der Schallarchive, zumal des Rundfunks, aber auch anderer Produktionsbereiche. Ein weiteres Tätigkeitsfeld eröffnete sich ihm, als 1969 die International Association of Sound Archives (IASA) ins Leben gerufen wurde, um die internationalen Beziehungen noch stärker zu aktivieren. Eckersley wurde für die Amtsjahre 1972 bis 1975 zum Präsidenten der Vereinigung berufen und verstand es, diese Funktion mit den Zielsetzungen der EBU Expertengruppe zu verbinden. Die Erschließung akustischer Zeugnisse aller Entstehungszeiten und -gebiete, so auch der Dritten Welt, für die Bereicherung des Rundfunkprogramms wie auch für Zwecke der Wissenschaft wußte er durch Kooperationsangebote zu fördern und zu beleben.

III.

Saul Kussiel Padover (1905-1981)

"Tagsüber sprach ich mit vielen Deutschen und versuchte herauszufinden, was in ihnen vorging. Meine Berichte, die ich jeden Abend schrieb,...wurden von den Leuten gelesen, die Programme für die B(ritish) B(roadcasting) C(orporation), für die A(merican) B(roadcasting) S(tation) I(n) E(urope) und für (Radio) Luxembourg machten. Sie wurden von Leuten gelesen, die Politik machten." - So beschrieb Saul K. Padover seine Tätigkeit in Eupen im Herbst 1944 später in seinen Erinnerungen:

Experiment in Germany. The Story of an American Intelligence Officer. New York 1946, 400 Seiten, hier S.56; engl.Ausgabe:

Psychologist in Germany. The Story of an American Intelligence Officer. London 1946, 320 Seiten.

Der Vernehmungsoffizier mit dem Status eines Zivilangehörigen des Publicity and Psychological Warfare Detachment der 12. US-Heeresgruppe (P & PWD/12th US AG) lieferte Stoff für Flugblätter wie beispielsweise "Die Lehre von Aachen" (Codezeichen WG 18, 13 x 21 cm, Archiv WBL) mit Warnungen an die deutsche Bevölkerung, sich evakuieren zu lassen oder vor den heranrückenden alliierten Truppen zu fliehen oder für die taktischen Programme des Luxembourger Tarnsenders des P & PW Detachment, der "Operation Annie" (vgl. MITTEILUNGEN 1/1981, S. 8).

Von Beruf war SKP Historiker und Politologe, doch brachte er zusätzliche Fähigkeiten und Kenntnisse mit, die ihn für den ersten Chronisten der alliierten Kriegspublizistik, Daniel Lerner, zu einem Typus des "Sykewarrior", des "Psychokriegers" werden ließen (vgl. D.Lerner: Sykewar. New York 1949, S.84-87).

Saul Padover wurde am 13. April 1905 in einer von ihm selbst nicht mehr näher bezeichneten österreichischen Kleinstadt geboren. Sein Vater war ein amerikanischer Geschäftsmann, der seine Mutter, eine jüdische Bürgerstochter, nur selten besuchte. 1914 zog die Mutter mit ihren beiden Söhnen Saul und Albert nach Wien, 1920 folgten sie dem Vater in die Vereinigten Staaten. In Detroit ging SKP zur Schule und ins College, studierte anschließend an der Yale-Universität und an der Universität Chicago, wo er 1930 den Magistergrad erwarb und 1932 mit einer Arbeit über Fürst Kaunitz und die erste Teilung Polens promovierte. In Chicago waren seine Lehrer vor allem der Historiker William Edward Dodd (1869-1940), der spätere Botschafter der USA in Berlin und Harold Dwight Lasswell (1902-1978), einer der Väter sozialwissenschaftlicher Politik- und Kommunikationsforschung; Lasswell war, wie SKP später in einer autobiographischen Skizze (zit. bei Lerner, a.a.O., S.86) schrieb, sein "Freund und Mentor", den er als wirklichen Pionier, als "Bahnbrecher" - er wählte das deutsche Wort für diese Charakterisierung - angesehen habe.

Nach der Promotion fand er eine Stelle als Forschungsassistent an der University of California in Berkeley. Mit einem Guggenheim-Stipendium konnte er ein Jahr in Wien und Paris arbeiten.

1934 erschienen dann seine Biographien über Joseph II. und 1939 über Ludwig XVI. Nach seiner Rückkehr aus Europa trat SKP in den Staatsdienst. Von 1938 bis 1943 war er persönlicher Referent des amerikanischen Innenministers Harold LeClaire Ickes (1874-1952). Seit 1942 wurde er mehrfach als Berater für die Abwehr herangezogen; gleichzeitig leitete er nun eine Forschungsgruppe des Innenministeriums für Planungsfragen.

Zu den Aufgaben als Regierungsbeamter gehörte offenbar schon früh die Beobachtung der deutschen Publizistik. So erschienen etwa in der Zeitschrift "The Public Opinion Quarterly" (Vol.3/1939) zwei Aufsätze aus der Feder von SKP über "The Nazi Cinema Today" (S.142-146) und "How the Nazis Picture America" (S.663-669). Gleichwohl mußte er zehn Jahre später in seinen Kriegserinnerungen bekennen:

"Ich war 1920 und noch einmal 1931 in Deutschland; ich habe deutsche Geschichte gelehrt, Bücher und Aufsätze darüber geschrieben. Ich galt als Deutschland-Spezialist, als ich in der Normandie an Land ging. Aber von Hitler-Deutschland besaß ich nur Kenntnisse aus zweiter oder dritter Hand, und damit war ich natürlich keine Ausnahme in der Armee." (Experiment in Germany, a.a.O., S.3).

Das änderte sich jedoch mit jeder Vernehmung, die SKP zusammen mit Lewis Gittler, Paul Sweet und ihrem aus der Oberpfalz stammenden Fahrer Joe (Joseph Dorferlein) zunächst in Luxembourg, dann im deutsch-belgischen Grenzgebiet und schließlich am Niederrhein, im Ruhrgebiet und in Westfalen absolvierte.

Nach Kriegsende holte sich der Chefredakteur der liberalen New Yorker Tageszeitung "PM", Ralph Ingersoll, SKP als Leitartikler in die Redaktion. Erst 1948 kehrt er schließlich an die Universität zurück, als Politikwissenschaftler an die New School of Social Research in New York, wo er mehr als dreißig Jahre lehrte. Seine umfangreiche wissenschaftliche Arbeit galt vor allem der kritischen Edition der politischen Aufzeichnungen, Schriften und Briefe amerikanischer Gründerväter und Präsidenten, darunter George Washington, George Hamilton, vor allem Thomas Jefferson, aber auch James Madison und Woodrow Wilson. Außerdem gab er Textsammlungen zur amerikanischen Verfassungsgeschichte heraus. Seit 1972 edierte er für den Verlag McGraw-Hill die auf zwölf Bände angelegte Reihe "The Karl Marx Library"; die Texte wurden von ihm ausgewählt, neu übersetzt und unter bestimmten Themen zusammengestellt. Sieben Bände lagen vor, ferner eine Briefauswahl, eine Biographie und eine Bildbiographie, als Saul Padover am 22. Februar 1981 im Lenox Hill-Krankenhaus in New York starb.

Winfried B. Lerg

IV.

Aus: FRANKFURTER RUNDSCHAU 13. Mai 1981

Das Publikum hatte er auf seiner Seite

Zum Tode von Fritz Umgelter

Obwohl Fritz Umgelter noch lange nicht im Pensionistenalter war, gehörte er dennoch zu den „alten Männern“ des Fernsehens. Als Anfang der fünfziger Jahre das neue Medium eingeführt wurde, war Umgelter, der als Schauspieler und Regisseur an Provinztheatern seine Karriere begonnen hatte, einer seiner wichtigsten und produktivsten Befürworter. Im Jahre 1959 entstand in seiner Regie der Mehrteiler „So weit die Füße tragen“, mit dem er Fernsehgeschichte machte, und damit hatte sich Umgelter als Spezialist ausgewiesen, als solider Handwerker, dem die großen historischen Stoffe — Serienstoffe — angetragen wurden. Mehrfach erhielt er für solche Serien noch Auszeichnungen, wurde er für seine ausladenden historischen Gemälde gerühmt: „Am grünen Strand der Spree“, „Wer einmal aus dem Blechnapf frißt“, „Wie eine Träne im Ozean“ sind Titel, die sich mit seinem Namen verbinden.

Aber auch „Die merkwürdige Lebensgeschichte des Friedrich Freiherr von der Trenck“ und „Simplizissimus“ hat er als Regisseur verantwortet. Das Publikum hatte er damit auf seiner Seite. Bei der Fachkritik fand er dafür eher Ablehnung: Umgelter war seiner Vorliebe für handwerklich sauber inszenierte, seinem Temperament entsprechend pathetisch-bewegte Geschichten treu geblieben.

Daß er in den sechziger Jahren auch für entscheidende künstlerische Ereignisse sorgte, mit „Bratkartoffeln inbegriffen“ etwa, daß er sich in jüngerer Zeit immer wieder um das „normale“ Fernsehspiel bemühte, hat man darüber fast vergessen. Umgelter hat nicht nur als Serienspezialist Fernsehgeschichte gemacht, er hat sich nur nicht entschieden genug gewehrt, so abgetan zu werden; Umgelter hat dem Fernsehen geliefert, was es von ihm wollte. Das war seine Qualität, aber auch seine Tragödie. Im 59. Lebensjahr ist er nun in Frankfurt am Main gestorben. T. T.

Thomas Thieringer

V.

Nachlaß Peter M. Lindt: Eine Aufgabe für die Kommunikationsforschung des Exils

Am 18. Februar 1942 meldete sich Peter M. Lindt zum ersten Mal über die New Yorker Rundfunkstation WBNX mit seiner von nun an wöchentlich ausgestrahlten literarischen Sendung, die er als Vermittlungsinstanz für die deutschsprachige Literatur und die Schriftsteller im amerikanischen Exil verstanden wissen wollte. Er war einer der wenigen Publizisten des von Hitler erzwungenen Exils, denen es gelang, über Jahrzehnte hinweg und gegen alle Gefährdungen mit einer festen Kommunikationseinrichtung des deutschsprachigen Exils und mit dem Einsatz seiner Person so etwas wie eine Institution des Austauschs zwischen dem Exil und Bevölkerungsgruppen und Einrichtungen seines Gastlandes zu initiieren. Peter Maximilian Lindt wurde am 26. April 1908 in Wien geboren, promovierte an der dortigen Universität 1932 zum Dr. phil. mit einem Thema zur deutschen Literatur und gehörte zu den österreichischen Literaten und Publizisten, die nach dem Anschluß Österreichs am 12./13. März 1938 aus dem Machtbereich des deutschen Faschismus in die Emigration flohen. Nach einem Zwischenaufenthalt in der Schweiz konnte Lindt zusammen mit seiner Frau Theodora, geb. Stojanovic in die Vereinigten Staaten weiterreisen, wo er am 21. Dezember 1938 eintraf. Das Fluchtziel New York sollte nunmehr zum ständigen Aufenthaltsort und zur neuen Heimat werden und zur Bühne zahlreicher publizistischer und kultureller Aktivitäten auf der Nahtstelle zwischen der mitgebrachten deutschen Kultur und den alten und neuen Bevölkerungsgruppen der deutschsprachigen Einwanderungsgruppen in den Vereinigten Staaten. An der New Yorker Columbia University promovierte Lindt im Jahre 1942 ein zweites Mal im Fach Germanistik zum Ph. D., in New York starb Peter M. Lindt am 20. November 1976. Dieser geographische Rückzug war jedoch keine sprachliche und kulturelle Distanzierung, im Gegenteil bemühte sich Lindt gut drei Jahrzehnte um die Vermittlung und den Austausch der deutschen Kulturtradition zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. Er wurde 1942 Gründer und Leiter der einzigen literarischen Rundfunksendung in den USA, war 1946-1951 Herausgeber und Redakteur der Zeitschrift "Der Weltspiegel", war Präsident der "Social Scientific Society for Intercultural Relations, Inc.": ein journalistischer Mittler zwischen der alten und der neuen Welt und ihren Immigranten.

Zur Institution wurde Lindt mit seiner literarischen Rundfunksendung für die deutschsprachige Szene von New York und Umgebung während der Exilzeit 1942-1944 über den New Yorker Sender WBNX und ab 1949 für WEVD als "German Literature Hour", wo er zunächst vor allem den emigrierten Literaten aus Österreich und Deutschland eine Artikulationsmöglichkeit gab und sich nach 1945 den aktuellen Entwicklungen in Literatur und Politik der Nachkriegszeit öffnete, bis er wegen eines sich verschlimmernden Augenleidens diese Arbeit 1969 aufgeben mußte und die Sendereihe bis 1975 von seiner Frau weitergeführt wurde. Neben seiner publizistischen Tagesarbeit und seinen sozialen Verpflichtun-

gen in deutsch-amerikanischen Vereinigungen fand Lindt immer wieder Zeit für eigene literarische Arbeiten und Versuche, u.a. hatte er 1941/42 ein Theaterstück mit dem Titel "To Die Where?" geschrieben, das die Irrfahrt des Emigrantenschiffes "St. Louis" behandelt. Ein Teil der Rundfunktexte Lindts, die 1944 in New York unter dem Titel: "Schriftsteller im Exil. Zwei Jahre deutsche literarische Sendung am Rundfunk in New York. Mit einem Vorwort von George N. Shuster" erstmalig erschienen, ist inzwischen als Kraus Reprint (Nendeln/Liechtenstein) seit 1974 mit einigen Nachträgen des Verfassers ebenso wieder zugänglich wie der ebenfalls bei Kraus erschienene Reprint des "Weltspiegel". Bedauerlicherweise konnte sich auch hier wie bei anderen Reprints der Verlag zu keinerlei editorischen Handreichungen durchringen, so daß sie allenfalls als Lesetexte zu gebrauchen sind. Diese publizistischen Zeugnisse sind allerdings auch weniger als die Spitze des Eisbergs der publizistischen Produktion Lindts, wie allein ein flüchtiger Blick in den Nachlaß Lindts erkennen läßt.

Das Institut für Publizistik an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster konnte jetzt auf das Angebot von Theodora Lindt zurückkommen und den gesamten Nachlaß des Peter Maximilian Lindt erwerben. Der Nachlaß Lindts umfaßt eine Fülle verschiedener Dokumenteneinheiten - persönliche Erinnerungsstücke, eigene literarische Manuskripte, eigene Rundfunkbeiträge, Rundfunkinterviews, Laufpläne, Korrespondenzen und Zeitungsausschnitte von sehr unterschiedlicher archivalischer Qualität und unterschiedlicher publizistischer Bedeutung. Es wäre leichtfertig, vor einer detaillierten Sichtung und archivalischen Aufbereitung der Materialien Aussagen über die Einschätzung und Gewichtung machen zu wollen, sie bleibt einer wissenschaftlichen Bearbeitung vorbehalten. Sicher ist jedoch, daß dem Institut mit der Erwerbung dieses Journalistennachlasses eine Möglichkeit in die Hand gegeben wurde, nach einem sozialwissenschaftlichen Konzept einer Kommunikationsgeschichte des deutschen Exils nach 1933 bisherige Forschungen zur Exilpublizistik - auf den Gebieten Presse, Film, Rundfunk und Literatur - nun auch die biographische Dimension an einem dokumentierten Einzelfall zu erschließen. Das publizistische Wirkungsfeld Lindts umfaßte neben der Presse-, Rundfunk-, Literatur- und Theaterarbeit auch eine Vermittlerfunktion - und also Kommunikationstätigkeit - innerhalb der deutschsprachigen Bevölkerungsgruppe New Yorks und des Kontakts zwischen dem alten Europa und der neuen Welt, von da her besteht hier vielleicht die Chance einer exemplarischen Aufarbeitung von publizistischen und personalen Kommunikationsnetzen in einer geographischen und historischen Situation. So ist es zu begrüßen, daß mit diesen Materialien gearbeitet werden soll und sie über ein Forschungsprojekt für eine interessierte Öffentlichkeit erschlossen werden sollen. Als Anregung und als Wunsch für die Zukunft wäre zum Schluß der Appell an Dokumentations- und Forschungseinrichtungen zu richten, sich verstärkt um Erwerb, Dokumentation und Aufbereitung von Journalistennachlässen und Sammlungen von publizistischen Einrichtungen zu bemühen, damit die sprichwörtlich flüchtigen Tagesproduktionen, die Geschichte begleiten und beschreiben, nicht endgültig für die Geschichtsschreibung verloren gehen.

VI.

Diagnostischer Durchbruch

"Politiker, Historiker, Journalisten - alle behandeln die gleichen Themen und Fragen, jeder jedoch mit einer anderen Intention, Aufgabe und aus einem anderen Blickwinkel. Mit der Frage: 'Was haben sie zueinander zu sagen?' beschäftigte sich in den letzten Tagen ein Colloquium, zu dem das Aspen-Institut Berlin Politiker, Historiker und Korrespondenten großer Zeitungen aus den westlichen Ländern einlud. Wie wichtig, wie gefährlich sind die Medien für die Politik? Wie abhängig ist der Journalist von der Politik; beachtet er genügend die Geschichte? Politiker und Journalist - was bedeuten sie für die Arbeit des Historikers? - Politiker, Historiker, Journalisten, alle drei arbeiten am selben Thema, manchmal jedoch nicht miteinander."

Renate Müller: Journalisten kontra Politiker, in: Der Tagesspiegel (Berlin), Nr. 10829 vom 9. Mai 1981, S. 11

Forschungsauftrag

"Im Kampf gegen die bürgerliche Ideologie gewinnt die differenzierte Untersuchung der verschiedenen Bereiche der ideologischen Beeinflussung zunehmend Bedeutung. Die offensive Auseinandersetzung mit theoretischen Grundlagen sowie mit der politischen Praxis des Schulfernsehens in der BRD ist somit ein allgemeines Erfordernis der Klassenauseinandersetzung. ... Als das Schulfernsehen Einzug in die Schulen der BRD hielt, war die Überwindung der Bildungsmisere auf einen im Sinne des Monopolkapitals rationellen Einsatz des Kapitals die vorherrschende Funktion. Heute treten die ideologische Manipulierung und die Ausbildung der fachlich versierten Produzenten in den Vordergrund."

Martina Wagner: Ideologische Manipulierung durch das BRD-Schulfernsehen, in: Neue Deutsche Presse (Berlin-Ost), 35. Jg. Nr. 1/Januar 1981, S. 17

Entwicklungshilfe

Eine Delegation der IOJ (= International Organization of Journalists) unter Leitung des Präsidenten K. Nordenstreng besuchte Ende 1980 Afghanistan, Indien und Sri Lanka. Ziel der Gespräche war es, neue Formen gemeinsamer journalistischer Aktivitäten zu beraten. In Kabul fand eine Begegnung der Delegation mit dem Exekutivbüro des Afghanischen Journalistenverbandes statt, der ca. 450 Mitglieder zählt. Es wurde festgelegt, daß die Ausbildungshilfe fortgesetzt wird. Außerdem wurden Maßnahmen der materiellen solidarischen Unterstützung fixiert. Die Massenmedien Afghanistans sind aus vielerlei Gründen in einer schwierigen Lage. Es fehlt u.a. an ausgebildeten Kadern, an technischen Mitteln in der Nachrichtenagentur und an Empfangsgeräten für Hörer und Zuschauer. Die UdSSR hat ein Satelliten-Empfangsgerät installiert, mit dem Filme überspielt werden können. In diesem Jahr soll es durch ein Sende- und Empfangsgerät ersetzt werden."

Hans Treffkorn: Erfolgreiche Gespräche über Zusammenarbeit, in: Neue Deutsche Presse (Berlin-Ost), 35. Jg. Nr. 2/Februar 1981, S. 25

VII.

An die Redaktion der MITTEILUNGEN

In Heft 2 befindet sich auf Seite 81 ein Aufsatz "Zur Geschichte von Norddeich Radio". Darin sind einige Fehler enthalten; es wäre gut, wenn sie nicht unberichtigt in unserem Blatt stehen bleiben würden.

Auf Seite 81 Zeile 19 heißt es, die erste Sendestelle sei von Westgaste nach Utlandshörn verlegt worden. Die Sendestelle hat sich niemals dort befunden, sondern die Empfangsstelle und Betriebszentrale. Nur sie wurde nach Utlandshörn verlegt, die Sendestelle blieb von 1907 (Eröffnung 30.4.1907) bis zu ihrer Auflösung im Jahre 1970 in Norddeich. Dann ging der Betrieb vollständig auf die neue Anlage in Osterloog über, die seit dem 17.12.1965 bereits parallel zur alten Station arbeitete. Das geräumte Gelände in Norddeich ist am 1.10.1971 an die OPD Bremen übergeben worden.

Direkt falsch ist auch, wenn über Osterloog auf Seite 82 Zeile 9 gesagt wird, die Funkstelle sei "heute Sender des Norddeutschen Rundfunks". Diese Sendestelle wurde 1939 von der ehemaligen Deutschen Reichspost errichtet und arbeitete bis 1945 als "Rundfunksender Bremen". Am 5.5.1945 wurde die Sendung eingestellt, einen Tag später die Anlage von britischen Truppen besetzt. Vom 5.6.1945 an lief der Sender wieder, zunächst mit dem BFN-Programm ("Besatzungssender Norden"), dann für die BBC. Dieser Dienst ist auch nach Übergabe an den Nordwestdeutschen Rundfunk (NWDR) am 1.11.48 noch eine zeitlang weitergeführt worden. Der NWDR betrieb in den folgenden Jahren in Osterloog sowohl Mittelwellen- als auch Kurzwellensender. Am 31.12.1963 wurde die Programmausstrahlung über Kurzwelle und am 6.3.1964 über Mittelwelle eingestellt, am 29.5.1964 der Standort als Rundfunksender aufgegeben und an die Deutsche Bundespost verkauft. Dann errichtete die Post hier die neue Sendefunkstelle für Norddeich Radio.

Ergänzend zu dem in den letzten vier Zeilen über die Akten von Norddeich Radio Gesagten kann ich noch folgendes mitteilen. Gerade diese Sendestelle hatte ihre gesamten Akten mit einer beispielhaften Sorgfalt aufbewahrt. Anfang bis Mitte der sechziger Jahre hatte der Verfasser dieser Zeilen die Aufgabe übernommen, alle Ordner - 167 an der Zahl, meist 8 cm stark - durchzuarbeiten und daraus eine möglichst lückenlose Dokumentation der Geschichte dieser Sendestelle zusammenzustellen. Die Akten enthielten alle Verträge und Bestellungen, zurückgehend bis zur ersten Auftragserteilung im Jahre 1905, alle Abnahmeprotokolle sowie Pläne, Stücklisten und die jährlichen Bestandsaufnahmen der Sender und Antennen. Das Ergebnis dieser Durcharbeitung ist in den Tabellen enthalten, die der Verfasser dieser Zeilen im "Archiv für das Post- und Fernmeldewesen" 29 (1977) Nr. 3/4 als Anhang zu der Arbeit von H. Kussmann und K. Vogt über die Küstenfunkstellen veröffentlicht hat. Hiermit könnte man das auf Seite 82 gegebene Literaturverzeichnis ergänzen.

Darmstadt, im April 1981

Heinrich Brunswig

Winfried B. Lerg
VOM KULTURINSTRUMENT ZUM FÜHRUNGSMITTEL
Rundfunkkontrolle in Deutschland bis 1945
Zweiter Teil

Die Geschichte des Rundfunks beginnt im Jahre 1922 1o). Seine Vorgeschichte mag er mit einer Reihe anderer Funkdienste, die als Übertragungsmittel für vielerlei Nachrichten infrage kamen, gemeinsam haben. Seine Entstehung beginnt - noch im Rahmen dieser Funkdienste - mit einer mehr als vagen Vorstellung seiner öffentlichen Möglichkeiten und seiner Eigenschaften als publizistisches Mittel. Andererseits stand die Wirtschaftsführung der Post- und Telegraphenverwaltung zu jener Zeit unter starkem Druck durch den Reichstag, der sich auch auf die Vorbereitungen für eine Rundfunkorganisation auswirken sollte. In einer Rationalisierungsdenkschrift vom Februar 1922 beteuerte der Reichspostminister, auf sein Hoheitsrecht pochend, seine Behörde habe sich vom Grundgedanken der Rationalisierung und der Übernahme privatwirtschaftlicher Grundsätze in die gesamte Wirtschaftsführung, in Verwaltung und Betrieb leiten lassen; sie habe neben den wirtschaftlichen Aufgaben wichtige volkswirtschaftliche, kulturelle und soziale Zwecke zu erfüllen, während ein privates, auf den Gewinn ausgerichtetes Unternehmen sich nie in dem Maß der Allgemeinheit verpflichtet fühlen könne wie ein Reichsbetrieb. Nur sie, die Postverwaltung, sei durch Gesetz mit dem ausschließlichen Recht auf die Ausführung bestimmter Dienstleistungen ausgestattet. Diese Auffassung, monopolistisch im öffentlichen Interesse zu wirtschaften, erfuhr allerdings in bezug auf die Funkdienste eine etwas freiere Ausdeutung, denn hier lagen wirkliche Chancen für erfolgversprechende Anwendungsmöglichkeiten.

Die Post suchte einen Mittelweg zwischen einer herkömmlichen Verwaltungsbehörde und einem "entpolitisierten", d.h. in der Sprache der Zeit: einem von der Staatshoheit und der Aufsicht des Parlaments losgelösten Staatsbetrieb mit privatwirtschaftlichem Mantel. In einem Klima, in dem sich die Post bedrängt fühlte durch ihre Abhängigkeit vom Finanzminister, vom Rechnungshof und schließlich von der Legislative, entstanden die Rundfunkpläne; hinzu kam das ausgesprochene Mißbehagen an der Wachsamkeit der Parteien. Eben daher rührte dann offenbar die plötzliche Sehnsucht nach einer Idealbehörde mit staatlicher Rückendeckung auf der einen und privatem Unternehmergeist auf der anderen Seite. Man wollte einerseits hoheitliche Rechte beanspruchen, andererseits waren demokratische Konsequenzen jedoch ein wenig lästig.

1o) Zu den folgenden Abschnitten ausführlich Winfried B. Lerg: Die Entstehung des Rundfunks in Deutschland, a.a.O., sowie ders.: Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik. München 1980 mit Quellen- und Literaturangaben. - Zur Rechtsgeschichte vgl. Ingo Fessmann: Rundfunk und Rundfunkrecht in der Weimarer Republik. Frankfurt 1973.

Man darf Hans Bredow, dem Leiter der Funkabteilung im Reichspostministerium, seit 1921 Staatssekretär, und seinen Mitarbeitern für die Jahre 1920-22 gewiß mehr als nur eine blasse Ahnung dessen zugestehen, was künftig das Medium Rundfunk werden sollte 11). Es fehlte nicht an Anregungen durch zahlreiche einfallreiche Funkbeamte bei den reichseigenen Stationen und in der Industrie. Aber auch die Amateurtätigkeit in Deutschland, in den Niederlanden, in Großbritannien und schließlich in den Vereinigten Staaten war nicht zu übersehen und zu überhören. Gleichwohl hatte der Staatssekretär in seinem eigenen Ministerium mit Widerständen zu kämpfen, und es ist am Ende nur mit seinem Erfolgsdenken zu erklären, daß eine Verkehrsverwaltungsbehörde in der damaligen finanziellen Situation des Reichs dazu gebracht werden konnte, sich neben der Verwendung der Funktelegraphie für den allgemeinen öffentlichen Verkehr noch den Funksonderdiensten, wie sie damals genannt wurden, d.h. auch der Verbreitung von unterhaltenden Beiträgen in Wort und Musik, zuzuwenden. Der Reichspostminister mußte überzeugt werden, seine Behörde werde eine einheitliche Organisation ohne Zuschüsse durchsetzen und sogar eine neue Einnahmequelle erschließen können.

Die ausländischen Erfahrungen riefen die Industrie (Telefunken und Lorenz) sowie die Eildienst GmbH des Auswärtigen Amts mit ihrer neuen Tochtergesellschaft "Deutsche Stunde, Gesellschaft für drahtlose Belehrung und Unterhaltung mbH" auf den Plan; beide Einrichtungen legten dem Reichspostminister im Mai 1922 Konzessionsgesuche vor. Die eine wollte Sender errichten und betreiben sowie Empfänger herstellen und verkaufen, während die andere ein Programm herstellen und über reichseigene Sender zum Gemeinschaftsempfang an öffentlichen Orten (Saalfunk) verbreiten wollte. Die Einstellung der Post zu diesen beiden Anträgen geht aus einer Note des Reichspostministers an seine Verwaltungen in München und Stuttgart von Ende Juni 1922 hervor, wo es hieß, die Entwicklung dieses neuen Zweiges der Funktelefone sei in mancher Hinsicht unerwünscht, werde sich aber angesichts ihrer raschen Verbreitung in der ganzen Welt auch in Deutschland nicht unterbinden lassen. Man müsse daher dafür sorgen, die Sache in der Hand zu behalten, damit zu krasse Formen wie in den Vereinigten Staaten vermieden würden. Eine staatliche Organisation passe in jeder Beziehung für diese Neueinrichtung sehr schlecht, weil von den Reichsverwaltungen keine neuen Betriebszweige mehr eingerichtet werden dürften. Man werde nach allem, unter Aufrechterhaltung des Telegraphenregals, der Privatindustrie einen mit besonderen Vorsichtsmaßnahmen umgrenzten Spielraum zugestehen müssen. Die Industrie gründete ein Konsortium, die "Rundfunk-GmbH"; sie sollte Sender bauen und betreiben. Die Deutsche Stunde sollte Programme herstellen und verbreiten. Ihnen also wollte man jenen "umgrenzten Spielraum"

11) Zur Person Hans Bredows neuerdings Horst O. Halefeldt: Hans Bredow und die Organisation des Rundfunks in der Demokratie. In: Studienkreis Rundfunk und Geschichte - MITTEILUNGEN, 6. Jg., Nr. 1/Januar 1980, S. 10-28, sowie Winfried B. Lerg: Hans Bredow - Schwierigkeiten mit einem 100. Geburtstag, ebenda, S. 28-36.

zugestehen. Allerdings sollten beide Gesellschaften niemals förmliche Konzessionen erhalten.

Aber bereits in diesem Stadium wurde der Post die ganze Sache politisch etwas unheimlich. Inzwischen war wohl erkannt worden, daß nicht wieder irgend ein neuer Funkdienst vorbereitet wurde, für dessen Betrieb nach inzwischen bewährter Art ein Teil des Telegraphenregals an private oder halbstaatliche Unternehmen delegiert werden konnte. Man dürfte in der Funkabteilung des Reichspostministeriums zum ersten Mal jenes Phänomen erkannt haben, das ein Kommunikationsmittel erst publizistisch bedeutsam macht, nämlich die Qualität der Öffentlichkeit, der Publizität. Funk für alle bedeutete öffentliches Wirken und öffentliche Wirksamkeit. Es bedeutete zugleich aber öffentliche Ansprüche und öffentliche Absichten. Die Frage war also, ob das Reichspostministerium noch bereit sein würde, die Verantwortung für den neuen Dienst vollständig selbst zu tragen. Man wurde dort um so unsicherer, je deutlicher sich die Frage nach der Verantwortung für das Programm oder, wie es damals hieß, für den "Nachrichtenstoff", stellte. Ende Dezember 1922 bereits informierte der Reichspostminister die für öffentliche Angelegenheiten zuständige Nachbarbehörde, den Reichsminister des Innern, über seine Pläne. In dem Brief hieß es, die neue Einrichtung ermögliche und bezwecke eine Verbreitung des Nachrichtenstoffes, wie sie keine gedruckte Zeitung erreichen werde. Sie sei kostspielig für die beteiligten Unternehmen, die deshalb schon selbst darauf achten würden, ihr zahlendes Publikum nicht zu vergrämen. Bedenken beständen jedoch bei politischen Programmen, die erhebliche Wirkung haben könnten, denn - so der Reichspostminister - über politische Dinge könne man ja unterschiedlicher Auffassung sein. Für diese Art von Sendungen die Verantwortung zu übernehmen, lehne er, der Reichspostminister, deshalb ab. Den Zusammenhang zwischen dem neuen Funkdienst und dem klassischen Medium Presse hatte man offenbar erkannt, doch schien es keiner Betrachtung wert, dem neuen Medium die verfassungsmäßigen Freiheiten zuzugestehen. Vielmehr verband sich die Frage der Aufsicht und Kontrolle sofort mit dem Suchen nach der bestmöglichen Form ihrer Praktikierbarkeit. Der Brief des Reichspostministers an den Reichsinnenminister ging deshalb weiter: "Es entsteht die Frage, ob und in welcher Form eine öffentliche Prüfung des auszusendenden Nachrichtenstoffes vorgesehen werden soll. Die Entscheidung in dieser Frage dürfte zur Zuständigkeit der inneren Verwaltung, insbesondere der Polizei gehören. Jedenfalls kann meine Verwaltung auch die Prüfung des Nachrichtenstoffes nicht übernehmen", meinte der Reichspostminister, der auch bereits drei Möglichkeiten einer Überwachung darlegte: 1. vor der Sendung am Ort der Sendung, 2. während der Sendung am Ort der Sendung und 3. am Empfangsort. Eine Überwachung am Empfangsort sei nicht möglich, wenn man Privatpersonen gestatte, Empfänger aufzustellen. Eine nachträgliche Überwachung könnten schließlich auch die Landesverwaltungen für ihre Gebiete fordern. In diesem Satz zeichneten sich bereits die kommenden Auseinandersetzungen zwischen Reich und Ländern um den Rundfunk ab. Das Reichsinnenministerium ließ sich in den folgenden Monaten ausführlich über die Rundfunkpläne der Post informieren und erhob im Mai 1923 Einspruch. Die Innenbehörde argumentierte, es genüge nicht, daß

nur die Senderseite des neuen Dienstes im Besitz des Reichs sei, auch die Programmseite dürfe nicht Sache einer Privatgesellschaft sein. Zumindest müßte sich das Reich die Mehrheit der Geschäftsanteile der Sendegesellschaft sichern. Um diese Anteile zu erwerben, bot sich übrigens das Innenministerium gleich selbst an, denn es bestünde ein Interesse, "zum Zwecke der Propaganda für den neutralen Staatsgedanken zur Wahrnehmung von Reichsinteressen an einer derartigen Gesellschaft beteiligt" zu sein. Hier war nun das Problem der politischen Kontrolle des neuen Mediums zum ersten Mal auf dem Tisch. Seine Lösung sollte drei Jahre dauern, bis 1926. An den Auseinandersetzungen waren die beiden Reichsministerien (Post und Inneres), die Vereinigte Presseabteilung der Reichsregierung sowie die Länder mit ihren Staatsministerien, in München und Stuttgart auch noch mit ihren Postverwaltungen, beteiligt.

Die erste Überwachungsmaßnahme galt der Hörerschaft. Die Post entwickelte ein Genehmigungsverfahren für die Aufstellung und den Betrieb von Empfangsanlagen bei Privatpersonen selbstverständlich zusammen mit einer Gebührenordnung. Nun konnte an jenem historischen 29. Oktober 1923 das Programm durch eine Berliner Rundfunkgesellschaft förmlich eröffnet werden. Doch die Medienorganisation selbst war noch lange nicht abgeschlossen. Bemerkenswert bleibt dabei, daß die gesamte Entwicklung der ersten Rundfunkordnung in Deutschland ohne Mitwirkung irgend eines Parlaments erfolgen konnte. Erst am 2. Dezember 1926 kam der Reichsinnenminister einer Entschließung des Reichstags vom Januar des gleichen Jahres nach, in der die Reichsregierung ersucht worden war, die Richtlinien über die Regelung des Rundfunks vorzulegen. Erst mit einer Reichstagsdrucksache vom 7. Dezember 1926 erhielt die Volksvertretung in aller Form Kenntnis von der Entstehung des Rundfunks in Deutschland und von seiner Organisation. Die Reichstagsdrucksache informierte unter dem Titel "Richtlinien über die Regelung des Rundfunks" über die politische Überwachung des Mediums, die Richtlinien für die aktuellen Programme sowie die Bestimmungen über die Überwachungsgremien bei den einzelnen Rundfunkgesellschaften. Damit konnte die deutsche Reichspost die erste Rundfunkordnung als abgeschlossen ansehen. Unter eifersüchtiger Wahrung ihrer hoheitlichen Ansprüche hatte sich die Post um die Gesetzgebung, die Erteilung der Genehmigungen, die Gebührenfestsetzung und Gebührenerhebung, sogar um die Errichtung der Sender und ihren Betrieb und schließlich um die Überwachung der gesamten Wirtschaftsführung des neuen Mediums bemüht und erreicht, was sie wollte.

Was das Programm anging, so konnte sie sich auf das Reichsministerium des Innern und auf die für die einzelnen Rundfunkbezirke zuständigen Landesregierungen verlassen. Als Programmträger waren elf Gesellschaften errichtet worden, neun regionale Programmhersteller und zwei zentrale Gesellschaften. Nach den bestehenden fernmelderechtlichen Bestimmungen bekamen zehn dieser Gesellschaften eine Genehmigung zur Benutzung von Sendeanlagen der Post zur Verbreitung ihrer Programme erteilt. Die elfte arbeitete als zentrales Nachrichtenunternehmen, als Zulieferagentur für allgemeines aktuelles Material, das von sämtlichen Programmgesellschaften abgenommen werden mußte. Zur Überwachung der politischen Programme bestand bei jeder Rundfunk-

gesellschaft ein vom Reichsinnenminister in Verbindung mit den beteiligten Länderregierungen eingesetzter Überwachungsausschuß. Zur Mitwirkung an der Programmgestaltung auf kulturellem Gebiet wurde jeder Gesellschaft außerdem ein Kulturbeirat attached. Die organisatorische, wirtschaftliche und technische Aufsicht über die Rundfunkgesellschaften - ausgenommen zunächst die Programmgesellschaft in München - lag in den Händen einer von den Programmgesellschaften gemeinsam errichteten Dachgesellschaft, der "Reichs-Rundfunk-Gesellschaft mbH (RRG)". In ihr hatte sich die Post einen unmittelbaren, maßgeblichen wirtschaftlichen Einfluß verschafft, indem sie sich 51 % des Stammkapitals kostenfrei hatte abtreten lassen. Den gleichen Einfluß übte die Post über die RRG auch bei den Programmgesellschaften aus. Die Rundfunkordnung von 1926 hatte das neue Medium bereits in vollem Umfang der staatlichen Verwaltung unterworfen. Es war eine staatliche Einrichtung, ein Teil der Reichsverwaltung geworden.

Durch die Annahme ihrer Konzessionen hatten sich die Rundfunkgesellschaften mit einer Überwachung ihrer Programme einverstanden erklärt, die durchaus als Zensur bezeichnet werden kann. In dieser Genehmigung hieß es, daß zur Programmüberwachung und zur Einhaltung der Richtlinien sowie zur Entscheidung über alle mit der Programmgestaltung zusammenhängenden politischen Fragen ein Überwachungsausschuß eingesetzt wird. Er sollte in der Regel aus drei Mitgliedern bestehen, von denen eines vom Reich, die anderen von den zuständigen Landesregierungen bestimmt würden. Wichtig war die Bestimmung, daß die Anstellung des für die Programmgestaltung verantwortlichen Vorstandsmitglieds einer jeden Rundfunkgesellschaft der Genehmigung dieses Überwachungsausschusses bedurfte. Bei Verstoß gegen die Richtlinien oder bei Nichtbefolgung seiner Anweisungen hatte der Überwachungsausschuß das Recht, die Abberufung der Persönlichkeit zu verlangen. Im übrigen mußten die Mitglieder des Überwachungsausschusses in den Aufsichtsrat der jeweiligen Rundfunkgesellschaft aufgenommen werden. Dem Überwachungsausschuß war demnach der unmittelbare Eingriff ins Programm durchaus möglich. Gegenvorstellungen haben die Rundfunkgesellschaften gegen diese staatliche Programmkontrolle unter dem Gesichtspunkt der publizistischen Freiheitsrechte damals nicht geltend gemacht. Die unbefangene Anerkennung der Rundfunkzensur war charakteristisch für das Selbstverständnis, mit dem sich Rundfunkgesellschaften und Hoheitsträger arrangiert haben.

Das zweite Aufsichtsgremium, das nach der postalischen Betriebsgenehmigung bei jeder Rundfunkgesellschaft gebildet werden mußte, war der Kulturbeirat. Seine Aufgabe wurde allgemein als "Mitwirkung an der Gestaltung des Programms hinsichtlich der Darbietungen auf dem Gebiete von Kunst, Wissenschaft und Volksbildung" bestimmt. Diese Mitwirkung war in besonderen Bestimmungen näher definiert als "Beratung" und "Überwachung". Die Beiräte waren berechtigt und verpflichtet, auch selbst Programmvorschlüge zu machen. Wie die Überwachungsausschüsse, mußten auch die Kulturbeiräte über das Programm unterrichtet, und den Gremienmitgliedern mußten auf Anforderung die Sendemanuskripte vorgelegt werden. Bei Beanstandungen hatte der Beirat Einspruchsrecht, dem die Rundfunkgesellschaft folgen mußte.

Der Beirat hatte auch darauf zu achten, daß "Parteipolitik bei den Darbietungen ausgeschaltet" blieb; im Zweifel hatte er sich mit dem Überwachungsausschuß in Verbindung zu setzen. Die Zahl der Mitglieder dieses Kulturbeirats war auf mindestens drei, höchstens sieben Personen festgesetzt. Sie wurden nach Anhörung der Sendegesellschaft von den zuständigen Landesregierungen im Benehmen mit dem Reichsminister des Innern berufen. Außerdem durften Reichs- und Landesregierungen zu den Sitzungen des Kulturbeirats je einen Vertreter entsenden, die alle Rechte eines Mitglieds genossen. Von diesem Recht haben Reich und Länder auch Gebrauch gemacht. Bis 1932 bestimmten der Reichsvertreter und die Ländervertreter vor allem im politischen Überwachungsausschuß, ganz selten im Kulturbeirat, ob ein Programm und welches kontrolliert wurde und wann Vorzensur oder Nachzensur anzuwenden war. Der Rundfunk ist in Deutschland nicht als publizistisches Mittel, sondern als eine interministerielle Verwaltung gegründet worden.

An diesem bürokratischen Gebilde waren das Reichspostministerium und das Reichsministerium des Innern sowie Länderministerien in überwiegender Zahl beteiligt. Man kann drei Zeitabschnitte ausmachen, die zum Verständnis der ersten Entwicklung des Mediums hilfreich sind: In den Jahren 1926 bis 1928 wurde das Medium Rundfunk als politische Verwaltung verstanden. Die Verwaltungspraxis bestand in der Ausübung einer politischen Zensur durch die Überwachungsausschüsse und die Kulturbeiräte. In den Jahren 1928 bis 1932 wurde das Medium Rundfunk als öffentliche Verwaltung verstanden; in der rundfunkpolitischen Diskussion ist die Reform der Arbeit der Überwachungsgremien in Richtung auf öffentliche Kontrolle anstelle der politischen Zensur gefordert worden. Es handelte sich im Grunde um den Versuch einer demokratischen Reform des Rundfunks mit Konsequenzen für die Programmarbeit. 1932 schließlich wurde das Medium Rundfunk als staatliche Verwaltung reorganisiert. Die Arbeit der zehn Überwachungsausschüsse kann unbesehen als staatliche Zensur angesehen werden. Das Scheitern der demokratischen Reformen im Rundfunk führte zu einer staatsautoritativen Neuordnung und zu einem deutschnational ausgerichteten Programm. Nicht wenig bezeichnend für die Perfektion der Rundfunkkontrolle mag die Tatsache sein, daß im "Gesetz zum Schutze der Republik" vom 25. März 1930, mit dem publizistische Freiheiten erheblich eingeschränkt wurden, allein von der Presse die Rede war; der Rundfunk bedurfte offenbar keiner Erwähnung. Gleichwohl gab es im Jahr darauf im Reichsinnenministerium bereits einen Plan, wie der Rundfunk noch wirksamer unter Kontrolle zu bringen sein könnte.

Eine willkommene Chance, diesen Plan zu verwirklichen, bot sich schließlich mit dem Antritt der Präsidialregierung Franz von Papens am 1. Juni 1932. Schon zwei Wochen später gab es eine "Stunde der Regierung" als Auflageprogramm, und am 27. Juli wurden Leitsätze für eine Rundfunkneuordnung veröffentlicht, die auf den Plan aus dem Reichsinnenministerium von 1931 zurückgingen. Im Lauf des Sommers wurden diese Leitsätze ausgearbeitet, und am 18. November 1932 traten Richtlinien über die Neuordnung des Rundfunks in Kraft. Sie besiegelten die unmittelbare Verstaatlichung des Mediums.

Die neuen Bestimmungen lassen sich auf drei kurze Formeln bringen:

1. Staatsaufsicht

Die Ausübung der Staatsaufsicht teilten sich das Reich (Rundfunk-Kommissar des Reichspostministers für Verwaltung und Technik, Rundfunk-Kommissar des Reichsinnenministers für das Programm) und die Länder (Landesregierungen des Standorts der Rundfunkgesellschaft mit eigenem Staatskommissar, übrige Länder des Sendebereichs mit Vertreter in einem Arbeitsausschuß). Die Befugnisse der Kommissare erstreckten sich auf Fragen der Personalpolitik und des Programms.

2. Zentralverwaltung

Die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft gewährte eine Einheitsverwaltung. Alle im Rundfunk tätigen Gesellschaften erhielten die Form einer GmbH. Die Anteile an der RRG lagen zu 51 % bei der Post, zu 49 % bei den Ländern, in deren Gebiet sich die Rundfunkgesellschaften befanden. An diesen Rundfunkgesellschaften waren zu 51 % wiederum die RRG, zu 49 % die im Sendebereich liegenden Länder nach einem bestimmten Schlüssel beteiligt. Sämtliche privaten Anteilseigner wurden ausbezahlt.

3. Programmkontrolle

Die Rundfunkgesellschaften stellten zwar ihre Programme selbständig und unter eigener Verantwortung her, allerdings im Rahmen besonderer Richtlinien für die Programmgestaltung. Grundsätzliche Programmfragen bearbeitete die RRG. Als beratende Organe für das Programm wirkten besondere Programmbeiräte mit.

Die Berufung der Kommissare und der Mitglieder der neuen Gremien sowie die Neuverteilung der Gesellschaftskapitalien und der Umfirmierungen geschahen zügig und mit landesüblicher Gründlichkeit. Diese organisatorische Unruhe, verbunden mit personellen Veränderungen, ließ freilich das Programm völlig verkommen. Die Rundfunkreform von 1932 hat das Medium so zugerichtet, daß ein neuer Minister - und dieses Mal war es nicht der Innenminister - am 16. März 1933 nicht einmal besonders herzlich zugreifen mußte; es wurde ihm als Morgengabe vom Reichsminister des Innern, vielleicht ein wenig ramponiert, feierlich überreicht.

Am 30. Januar 1933 ernannte der Reichspräsident Adolf Hitler zum Reichskanzler und den ehemaligen Reichskanzler Franz von Papen zum Vizekanzler und Reichskommissar für Preußen. Gleichzeitig wurde die neue Regierung gebildet. Neuer Reichsminister des Innern wurde Wilhelm Frick (NSDAP). Post- und Verkehrsminister blieb der parteilose Paul Freiherr von Eltz-Rübenach. Nach der ersten Kabinettsitzung verkündete der neue Reichsinnenminister, er lege großen Wert auf ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten von Regierung und Presse, und er hoffe, daß die Presse Vertrauen zur neuen Regierung gewinne. Die Regierung lege Wert auf freie Meinungsäußerungen in Deutschland und wolle nicht mit Hilfe des Artikel 48 die Presse knebeln. Doch schon kaum eine Woche später, am 6. Februar 1933, erließ der Reichspräsident aufgrund eben jenes Artikels 48 eine "Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes", durch die wiederum die publizistischen Freiheiten erheblich eingeschränkt wurden. Es kam zu zahlreichen Zeitungsverboten, und die Presseverbände

veröffentlichten Protestentschließungen. Der Rundfunk-Kommissar des Reichspostministers, Hans Bredow, reichte noch am 30. Januar sein Rücktrittsgesuch ein, dem am 15. Februar stattgegeben wurde.

Schon während des Wahlkampfes zur Reichstagswahl am 5. März 1933 setzte die energische Besitzergreifung gerade des Mediums Rundfunk durch die NSDAP ein. Die polizeiliche und paramilitärische Korrektur des Wahlergebnisses wurde als eine "ungeheure Umwälzung" ausgegeben und führte zur Errichtung des nationalsozialistischen Regimes 12). Dabei waren für die Regie des öffentlichen Lebens die Medien zu "Führungsmitteln" erklärt worden, die einer einheitlichen Leitung unterstellt werden sollten. Die entsprechenden Vorstellungen führten zum Erlaß über die Errichtung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda vom 13. März 1933. Durch diesen Erlaß wurde der Ressortkatalog um ein neues Ministerium erweitert. Zum neuen Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda berief der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichskanzlers ebenfalls am 13. März 1933 den Reichspropagandaleiter der NSDAP, Paul Joseph Goebbels. Dadurch sollte nicht zuletzt erreicht werden, daß die Arbeit der Reichspropagandaleitung nun mit staatlichen Mitteln und offiziell fortgesetzt werden konnte. Außerdem dokumentierte die Verbindung der Ämter des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda und des Reichspropagandaleiters in einer Person die weitgehende Vereinigung von Staat und Partei, eine nationalsozialistische Vorstellung, die noch dadurch untermauert wurde, daß innerhalb des neuen Ministeriums weitere Mitglieder der Reichspropagandaleitung als Beamte eingestellt wurden. Die äußere Basis für das neue Ministerium bildete die vereinigte Presseabteilung der Reichsregierung, deren Chef bis dahin dem Reichskanzler unmittelbar unterstellt war. Der Pressechef der Reichsregierung wurde nun zugleich der Staatssekretär im neuen Propagandaministerium, behielt aber als Pressechef der Reichsregierung seine Funktionen bei. Als Gründe für die Errichtung des Ministeriums hieß es im Erlaß, es habe "der Aufklärung und Propaganda unter der Bevölkerung über die Politik der Reichsregierung und dem nationalen Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes" zu dienen. Durch den Erlaß war eine zentrale Instanz geschaffen worden, die von nun ab für ganz Deutschland die erforderlichen publizistischen Maßnahmen treffen und durchführen sollte. Sofern andere staatliche Stellen bisher solche Aufgaben hatten, mußten sie diese an die neuerrichtete Behörde abgeben. Im Erlaß hieß es, der Reichskanzler "bestimmt im Einvernehmen mit den beteiligten Reichsministern die Aufgaben, die aus deren Geschäftsbereich auf das neue Ministerium übergehen, und zwar auch dann, wenn hierdurch der Geschäftsbereich der betroffenen Ministerien in den Grundzügen berührt wird". Diese Befugnis des Reichskanzlers widersprach zwar der Geschäftsordnung der Reichsregierung und der Verfassung, wonach im Kabinett die

12) Zu den folgenden Abschnitten ausführlich Ansgar Diller: Rundfunkpolitik im Dritten Reich. München 1980 mit Quellen- und Literaturangaben.

Aufgabenverteilung eines neuen Ministeriums hätte ordentlich abgestimmt werden müssen, aber das sogenannte "Führerprinzip" hatte bereits die staatsrechtlichen Bestimmungen beiseite geschoben 13). Noch im März 1933 übergab der Reichsinnenminister seine politischen Aufsichtskompetenzen an den Propagandaminister, und auch der Reichspostminister mußte sich fügen und die gesamte Wirtschaftsaufsicht über den Rundfunk an das Propagandaministerium übertragen; er behielt nur die technische Aufsicht. Erst am 30. Juni wurden die Zuständigkeiten des neuen Ministeriums in einer Verordnung über die Aufgaben des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda förmlich geklärt. Die Geschäftsverteilung des Ministeriums sah zunächst neun Abteilungen vor (Verwaltung und Recht, Propaganda, Rundfunk, Presse, Film, Theater, Abwehr, Schrifttum, Kunst und Musik).

Das Aufgabengebiet "Rundfunk" wurde in der Abteilung III des Propagandaministeriums verwaltet. Für die technische Verwaltung außerhalb der Häuser der RRG und der regionalen Rundfunkgesellschaften war eine besondere Regelung getroffen worden. In diesen Angelegenheiten der technischen Verwaltung war die Zuständigkeit beim Reichspostministerium verblieben, welches das Propagandaministerium nur insoweit beteiligen mußte, als es die Durchführung der Aufgaben des Propagandaministeriums notwendig machte. Diese Regelung wurde damit begründet, man müsse daran interessiert sein, daß die Verleihungsbedingungen für Rundfunkanlagen und die Gebühren nicht zu hoch festgesetzt würden. Aus diesem Grunde wurde in der Verordnung dem Propagandaminister ein Mitbestimmungsrecht auch bei diesen technischen Verwaltungsangelegenheiten zugesprochen. Ganz selbstverständlich war dem Propagandaminister die Vertretung des Reiches in der RRG und in den Rundfunkgesellschaften "in vollem Umfange" übertragen worden, da die Programmgestaltung, wie es hieß, eines der wichtigsten Mittel zur Beeinflussung des Volkes und seiner Aufklärung auf allen Gebieten darstellte. Dem Ausbau, der Absicherung und der Durchsetzung dieses staatlichen Vertretungsrechts diene die gesamte Arbeit der Rundfunkabteilung im Propagandaministerium - bisweilen unter persönlicher Beteiligung des Ministers - bis zum letzten Tag des "Dritten Reichs". Im Frühsommer 1933 versuchte Preußen und hofften andere Reichsländer, sich noch ein Stück Mitwirkung beim Rundfunk zu erhalten. Doch am 15. Juli erklärte der Reichskanzler in einem Brief an seine Reichsstatthalter in den Ländern unmißverständlich, daß der Rundfunk ausschließlich Sache des Reichs sei.

In den folgenden Monaten wurden die regionalen Rundfunkgesellschaften wirtschaftlich liquidiert. Ihre Geschäftsanteile mußten der RRG überschrieben werden, während deren gesamtes Gesellschaftskapital auf das Propagandaministerium überging.

13) Vgl. (Adalbert) v. Hanstein: Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda als Träger nationalsozialistischer Kulturpolitik. In: Nationalsozialistisches Handbuch für Recht und Gesetzgebung, hrsg. von Hans Frank. 2. Auflage, München 1935, S. 490 ff.

Vom 1. April 1934 an waren die regionalen Rundfunkeinrichtungen als "Reichssender" bloße Zweigstellen der RRG. Der Staatssekretär im Propagandaministerium übernahm jeweils den Vorsitz des Verwaltungsrats der RRG. Damit war die alleinige Aufsichtsinstanz - damals "Befehlszentrale des deutschen Rundfunk" genannt - die Rundfunkabteilung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda mit einer besonderen Verbindungsstelle zur Reichssendeleitung der RRG, organisatorisch eine Art Stabsstelle für die Rundfunkaufsicht innerhalb des Direktoriums der RRG.

Mit dieser Organisation, deren Perfektion allenfalls durch persönliche Rivalitäten, bisweilen auch durch bare Unfähigkeit von Funktionären beeinträchtigt wurde, war der Rundfunk eine straff zentralisierte, publizistische Staatsverwaltung, die keiner rechtlichen Flankierung bedurfte, wie etwa Presse oder Film mit einer umfangreichen Rechtsprechung im Rahmen der Kulturkammergesetzgebung.

Im August 1939 bekam die Rundfunkabteilung einen neuen Leiter - den vierten seit 1933 -, der eine sogenannte "Rundfunkkommandostelle" einrichtete. Dieses zeitgemäß militärisch bezeichnete neue Hauptreferat wurde als Steuerungseinheit für sämtliche Anweisungen und Anfragen an die RRG, ihre Inlands- und Auslandsdienste, gebildet. In den folgenden Kriegsjahren verschwand die Organisationsstruktur "Reichs-Rundfunk-Gesellschaft" langsam aus der Medienverwaltung. Im März 1940 schon schaffte man den Verwaltungsrat der RRG ab; er war längst zum Akklamationsorgan degeneriert. 1942 bekam der nun sogenannte "Großdeutsche Rundfunk" seine letzte Organisationsform. Zwei gesamtverantwortliche Beauftragte, der eine für die politisch-propagandistischen, der andere für die unterhaltenden und künstlerischen Programme, kontrollierten das Medium. Der Beauftragte für das politisch-propagandistische Programm (seit November 1942) war gleichzeitig der Leiter der Rundfunkabteilung im Propagandaministerium; sein Name war übrigens Hans Fritzsche 14).

Totalitäre Medienkontrolle ist nicht allein daran zu erkennen, daß ein Medium als staatliche Zentralbehörde organisiert ist. Gleichzeitig werden auch Kommunikatoren und Rezipienten unter Aufsicht gestellt und ihr Verhalten bestimmten politisch-ideologischen Normen unterworfen. Die nationalsozialistische Regierung hat, ihrer pseudoständischen Gesellschaftsideologie folgend, das Propagandaministerium durch das "Reichskulturkammergesetz" vom 22. September 1933 beauftragt und ermächtigt, "die Angehörigen der Tätigkeitszweige, die seinen Aufgabenkreis betreffen, in Körperschaften des öffentlichen Rechts zusammenzufassen." Diese Einrichtungen trugen die Bezeichnungen:

14) Vgl. Michael Groth: Ein Publizisti im Dritten Reich. Vorstudien zu einer Biographie von Hans Fritzsche. Magisterarbeit, Münster 1979; ders.: Hans Fritzsche - Karriere eines Publizisten. In: Studienkreis Rundfunk und Geschichte - MITTEILUNGEN, 6. Jg., Nr. 1/Januar 1980, S. 42-62.

Reichsschrifttumskammer, Reichspressekammer, Reichsrundfunkkammer, Reichstheaterkammer, Reichsmusikkammer und Reichskammer der bildenden Künste. Die erste Durchführungsverordnung vom 1. November 1933 bestimmte dann die Zwangsmitgliedschaft in einer Einzelkammer für jeden, der in einem Kultur- oder Kommunikationsberuf tätig sein wollte; beim Rundfunk hieß das zunächst Mitgliedschaft in der Reichsrundfunkkammer oder - weil diese Kammer nicht auf ein brauchbares Berufsbild für Rundfunkmitarbeiter zurückgreifen konnte - in einer der anderen Einzelkammern. Als berufsständische Organisation hat die Reichsrundfunkkammer niemals eine bedeutende Rolle gespielt; sie wurde übrigens bereits im Oktober 1939 wieder aufgelöst 15).

Für die Rezipientenschaft - die Rundfunkhörerschaft - sah das "Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Partei und Staat und zum Schutze der Parteiuniformen", das sogenannte Heimtückegesetz vom 20. Dezember 1934, Strafen vor für "Rundfunkverbrechen", die als Hochverrat geahndet wurden; dazu zählten gemeinschaftliches Abhören und Verbreiten von "Hetzsendungen". Schärfer in der Tatbestandsformulierung wie in der Strafbeimessung war dann die vom Ministerrat für die Reichsverteidigung bereits am 1. September 1939 erlassene "Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen". Diese Verordnung stellte generell das Abhören ausländischer Rundfunkprogramme gegnerischer, neutraler oder verbündeter Staaten unter Gefängnis- oder Zuchthausstrafe und sah bei Verbreitung des Abgehörten sogar die Todesstrafe vor. Ermittelt wurde übrigens in diesen Fällen durch die Geheime Staatspolizei; die Verfahren kamen vor Sondergerichten zur Verhandlung.

Die hoheitsrechtliche Hypothek, mit der eine jede Organisationsform des Kommunikationsmittels "Rundfunk" historisch belastet ist, verhinderte in der ersten deutschen Republik seine publizistische Autonomie, eine dem älteren Medium Presse entsprechende und verfassungsmäßig zugestandene Kommunikationsfreiheit. Die 1926 entstandene, interministerielle Medienbehörde erfuhr 1932 ihre autoritäre Verbeamtung, gefolgt 1933 von einer totalitären Vereinnahmung in einer einzigen staatspublizistischen Kommunikationsbehörde.

Das Medium Rundfunk hat es offenbar besonders schwer bei der Erlangung seiner publizistischen Freiheit, - bis auf den heutigen Tag. Die Druckmedien brauchten in Mitteleuropa immerhin zweihundertfünfzig Jahre zur Erlangung der Pressefreiheit. Das soll kein Trost sein, sondern ein Verhandlungsangebot, angesichts der Tatsache, daß eine aktuelle juristische Auslegung der Rundfunkorganisation und ihrer politischen Aufsicht die historische Analogie zwischen Pressekontrolle und Rundfunkkontrolle beinahe amüsiert zurückweist und die Rundfunkmedien doch lieber als kulturhoheitliche Einrichtungen unter staatlicher Aufsicht und keinesfalls als publizistische Mittel verstanden wissen will.16).

15) Vgl. Ansgar Diller, a.a.O., S. 154-159, ausführlich auch Arnulf Kutsch: Rundfunkwissenschaft im Dritten Reich. Phil. Diss., Münster 1980.

16) Vgl. Friedrich Kübler: Rundfunkkontrolle und Kommunikationsfreiheit. In: Studienkreis Rundfunk und Geschichte - MITTEILUNGEN, 7. Jg., Nr. 1/Januar 1981, bes. S. 24 und S. 31 f.

Arnulf Kutsch

DIE PERIODISCH DOKUMENTIERTE RUNDFUNKLITERATUR

Ein Hinweis anlässlich des Erscheinens des fünften Jahresbandes
"Aufsatznachweis HÖRFUNK und FERNSEHEN" von Rudolf Lang

Der Bibliothekar des Westdeutschen Rundfunks, Rudolf Lang, hat sich in den vergangenen Jahren durch seine bibliographischen Arbeiten einen Namen gemacht. Erinnert sei an sein Literaturverzeichnis "Rundfunkgeschichte", das er 1977 vorlegte und mit welchem er einen umfangreichen Katalog der rundfunkhistorischen Literatur (selbständig und unselbständig erscheinende Publikationen) der Bibliothek des Westdeutschen Rundfunks (WDR) erstellte:

Rudolf Lang (Bearb.),
Rundfunkgeschichte. Ein Literaturverzeichnis. Westdeutscher
Rundfunk Köln - Bibliothek,
o.O. (Köln): Westdeutscher Rundfunk 1977
(= Kleine Rundfunkbibliothek. Literaturhinweise aus den Beständen des WDR, Bd. 3)

Seit 1978 bearbeitet er zudem die "Zeitschriftenlese" der MITTEILUNGEN des Studienkreises, die er kürzlich durch den Anhang "Zur Auseinandersetzung um den NDR nach der Kündigung des Staatsvertrages am 6.6.1978" ergänzte:

Rudolf Lang (Bearb.),
Zeitschriftenlese,
in: Studienkreis Rundfunk und Geschichte. Mitteilungen 5. Jg.
(1979), Nr. 1, S. 70-73; 6. Jg. (1980), Nr. 1, S. 74-78;
7. Jg. (1981), Nr. 1, S. 68-72

Seit 1977 erscheinen seine auf monatlichen Berichten aufbauende Jahresbibliographien "HÖRFUNK und FERNSEHEN. Aufsatznachweise aus Zeitschriften und Sammelwerken". Im März dieses Jahres hat Lang nun den fünften Jahresband vorgelegt - Grund genug, um auf dieses bibliographische Nachschlagewerk hinzuweisen, das sich längst einen Platz in einschlägigen Handbibliotheken als unentbehrliches Orientierungsmittel erobert hat. Gewählt wird hierzu nicht die gängige Form der Rezension, sondern der Versuch, diese bibliographische Arbeit in die entsprechende Fachliteratur einzuordnen.

Die Zahl der jährlich erscheinenden deutschen und internationalen Publikationen zu Hörfunk und Fernsehen (selbständige und unselbständige Veröffentlichungen) hat inzwischen derart an

Umfang zugenommen, daß selbst der fleißige und kontinuierliche Leser angesichts der Fülle des Angebots schlicht zur Resignation getrieben wird. In der Regel muß er sich auf eine - wie auch immer geartete - selektive Wahrnehmung der Literatur beschränken. Fortlaufende Bibliographien bilden daher nicht allein für den Überblick über die aktuellen Publikationen eine unabdingbare Orientierungshilfe. Sie stellen insbesondere für den Überblick über die Veröffentlichungen der zurückliegenden Jahre ein notwendiges Hilfsmittel für Lehre, Forschung und nicht zuletzt auch für die publizistische Tätigkeit dar.

Die Publizistik- und Kommunikationswissenschaft resp. ihre Teildisziplin, die Rundfunkforschung, kann in dieser Hinsicht erfreulicherweise auf verschiedene, solide gearbeitete, laufende Bibliographien zurückgreifen. Allerdings sind auch hier einige schmerzliche Defizite zu verzeichnen, auf welche im Folgenden verwiesen wird.

1.

Für die kontinuierliche Erfassung der selbständig erscheinenden Publikationen sei auf die "Jahresbibliographie Massenkommunikation" verwiesen, die Wilbert Ubbens (Bremen) erstellt und die die "innerhalb und außerhalb des Buchhandels erscheinenden Monographien und Sammelwerke über Massenmedien und angrenzende Probleme" erfaßt:

Universität Bremen, Bibliothek.
Jahresbibliographie Massenkommunikation 1974/75,
zusammengestellt von Wilbert Ubbens,
Universität Bremen 1976

Aufgenommen werden sowohl deutsche als auch fremdsprachige Titel. Die Bibliographie weist eigene Abschnitte zu "Rundfunk, Hörfunk", "Fernsehen" sowie "Kabelfernsehen, CATV, Audiovision" auf; ein Abschnitt "Rundfunkgeschichte" fehlt hingegen.

Von der 'Jahresbibliographie' liegen unterdessen vier Bände für den Berichtszeitraum 1974/75 bis 1978 vor. Die Bibliographie hatte, ebenfalls von Wilbert Ubbens bearbeitet, folgende Vorläufer:

Wilbert Ubbens,
Presse, Rundfunk, Fernsehen, Film.
Ein Verzeichnis deutschsprachiger Literatur zur Massenkommunikation 1968-1971,
Berlin: Verlag Volker Spiess 1971

und

Verlag Volker Spiess/Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (Hrsg.),
Literaturverzeichnis Massenkommunikation. Mit einer Auswahlbibliographie zum Thema Bildungstechnologie,
Berlin: Verlag Volker Spiess 1975
(Teil 1. Literaturverzeichnis Massenkommunikation, bearbeitet von Katherina Mensing und Wilbert Ubbens)

Nimmt man zu diesen Verzeichnissen noch

Volkes Spiess,
Bibliographie zu Rundfunk und Fernsehen,
Hamburg: Verlag Hans Bredow-Institut 1966
(= Studien zur Massenkommunikation, Bd. 1)

hinzu, so hat man einen durchaus soliden Überblick über die Fachliteratur der vergangenen zehn bis zwanzig Jahre. Freilich soll hiermit keineswegs der Eindruck erweckt werden, daß sich die einschlägigen bibliographischen Arbeiten mit der Nennung dieser Titel erschöpfen; hierzu gehören noch eine ganze Reihe weiterer Publikationen, die teils als selbständige Veröffentlichungen vorliegen, teils an versteckten Stellen etwa in Sammelpublikationen erschienen sind. An dieser Stelle soll lediglich auf periodische Bibliographien zu Rundfunk und Fernsehen verwiesen werden.

In diesem Zusammenhang sollte allerdings auf ein Angebot zur Orientierungshilfe über die fremdsprachige Rundfunkliteratur aufmerksam gemacht werden, das Ansgar Diller (Frankfurt/Main) für die Leser der MITTEILUNGEN des Studienkreises bereits vor fünf Jahren begonnen hat:

Ansgar Diller,
Fremdsprachige Rundfunkliteratur,
in: Studienkreis Rundfunk und Geschichte. Mitteilungen 2. Jg. (1976), Nr. 1, S. 11 und 2. Jg. (1976), Nr. 2, S. 23

Dillers Versuch einer kontinuierlichen Bibliographie vornehmlich der fremdsprachigen, selbständigen Literatur zu Hörfunk und Fernsehen hat Winfried B. Lerg (Münster/Westf.) nach zweijähriger Unterbrechung aufgegriffen und in zwei wesentlich umfangreicheren Folgen fortgeführt:

WBL,
Fremdsprachige Rundfunkliteratur III,
in: Studienkreis Rundfunk und Geschichte. Mitteilungen 4. Jg.
(1978), Nr. 2, S. 95-98 (Bereichszeitraum: 1976/1978)

sowie

WBL,
Fremdsprachige Rundfunkliteratur IV,
in: Studienkreis Rundfunk und Geschichte. Mitteilungen 5. Jg.
(1979), Nr. 2, S. 105-109

Bei diesen Literaturübersichten kann verständlicherweise eine Überschneidung mit der "Jahresbibliographie" von Wilbert Ubbens nicht ausbleiben. So lohnenswert die Zusammenstellungen in den MITTEILUNGEN mit Sicherheit sind, wäre daher doch zu bedenken, ob nicht aus arbeitsökonomischen Erwägungen und aus Gründen der leichteren Übersicht eine Konzentration bei Erfassung und Dokumentation dieser fremdsprachigen Monographien empfehlenswert erscheint.

2.

Die bibliographische Dokumentation der Rundfunkdissertationen im deutschsprachigen Raum kann zwar einige Tradition vorweisen, es fehlt ihr hingegen an Kontinuität. Bereits zu Beginn der dreißiger Jahre gab es Versuche, diese Hochschulschriften in eigenen Übersichten zusammenzustellen:

Rundfunk als akademisches Studienfach,
in: Funk Jg. 1932, Nr. 50, S. 197-198 sowie in: Schulfunk
7. Jg. (1933), Nr. 1, S. 17

Die erste grundlegende Bibliographie aller bis zum damaligen Zeitpunkt abgeschlossenen deutschsprachigen Hochschulschriften zur Rundfunkforschung hat:

Winfried B. Lerg,
Rundfunkdissertationen an deutschen Hochschulen 1920-1953
(1957),
in: Publizistik 2. Jg. (1957), Nr. 3, S. 185-189; Nr. 4,
S. 249-252; Nr. 5, S. 310-315

erstellt. Seine Arbeit fand Eingang und Fortführung in dem von Volker Spiess (Berlin) vorgelegten, umfassenden Katalog:

Volker Spiess,
Verzeichnis deutschsprachiger Hochschulschriften zur Publizistik 1885-1967,
Berlin und München-Pullach: Verlag Volker Spiess und Verlag Dokumentation 1969

Seit dem Erscheinen dieses wichtigen bibliographischen Nachschlagewerkes krankt indessen die kontinuierliche Erfassung der deutschsprachigen Hochschulschriften zu Rundfunk und Fernsehen. Ansgar Diller hat auf diesem Gebiet vor mehr als sechs Jahren - ebenfalls für die MITTEILUNGEN des Studienkreises - einen ersten Versuch unternommen:

Ansgar Diller,
Dissertationen: Rundfunkgeschichte,
in: Studienkreis Rundfunk und Geschichte. Mitteilungen 1. Jg.
(1974/75), Nr. 1, S. 11-12; Nr. 2, S. 16-17; Nr. 5, S. 13

sowie

Ansgar Diller,
Diplom-, Magister-, Staatsexamensarbeiten,
in: Studienkreis Rundfunk und Geschichte. Mitteilungen 1. Jg.
(1974/75), Nr. 3, S. 16-17, Nr. 4, S. 21

Seine Bemühungen kamen indes über diesen Anfang nicht hinaus. Das ist angesichts einer immer steigenden Zahl von einschlägigen Hochschulschriften in der Bundesrepublik, aber auch im deutschsprachigen Ausland bedauerlich. Einer entsprechenden Aufarbeitung und der weiteren, periodischen Dokumentation dieser Forschungsarbeiten kommt mithin besondere Bedeutung zu. Solange dies nicht geschehen ist, bleiben als umfassende Auskunftsstelle die von der Deutschen Bibliothek (Leipzig) bearbeiteten Verzeichnisse "Deutsche Nationalbibliographie und Bibliographie des im Ausland erschienenen deutschsprachigen Schrifttums. Reihe C: Dissertationen und Habilitationsschriften".

3.

Wesentlich umfangreicher und kontinuierlicher als bei den Monographien und Hochschulschriften erfolgt in der Bundesrepublik die periodische Erfassung der unselbständig erscheinenden Literatur - Aufsätze und Artikel - zu Hörfunk und Fernsehen. Auch auf diesem Sektor der Literaturdokumentation gibt es einige Überschneidungen, die zum Teil auf die Aufgabenstellung und Anlagen der verschiedenen Unternehmungen zurückzuführen sind.

Die älteste periodische Publikation dieser Art ist wohl die Bibliographie, die vom Institut für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund erstellt wird. Zunächst als selbständige Veröffentlichung, dann lange Jahre als Beilage zur Verbandszeitschrift 'Zeitungs-Verlag' und 'Zeitschriften-Verlag' (Bonn/Bad Godesberg) erschienen, liegt sie seit 1979 den vom 'Gemeinschaftswerk der evangelischen Publizistik' (Frankfurt/Main) herausgegebenen Fach-Periodika 'epd-Kirche und Rundfunk', 'epd-Kirche und Film' und 'medium' bei:

Medienforschung. Kommunikationspolitik und Kommunikationswissenschaft. Vierteljährliche Bibliographie deutsch- und fremdsprachiger Beiträge aus Tages- und Wochenzeitungen, Fachzeitschriften und Fachdiensten (vormals 'Dokumentation für Presse, Rundfunk und Film' 7, hrg. vom Institut für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund, Dortmund, Verlag Ernst Arnold GmbH 21. Jg. (1979) ff.

Diese fortlaufende Bibliographie erfaßt Beiträge aus 121 Periodika (1979) und weist eine Rubrik "Rundfunk" aus, welche sich in die Abschnitte "Allgemeines", "Hörfunk", "Fernsehen", "Kabelkommunikation", "Satellitenkommunikation", "Bildschirmzeitung/Videotext", "Video-Arbeit" und schließlich "Rundfunkgeschichte" gliedert.

Jüngerem Datums ist ein Unternehmen, das sich ausschließlich auf die Auswertung deutschsprachiger Zeitungen konzentriert. Leider ist die vierteljährlich - allerdings mit einigen Verzögerungen - erscheinende Bibliographie:

Zeitungsindex. Verzeichnis wichtiger Aufsätze aus deutschsprachigen Zeitungen, hrg. von Willi Gorzny, München, Verlag Dokumentation 1. Jg. (1974) ff.

lediglich nach Schlagworten gegliedert, was die Handhabung und das Auffinden einschlägiger Artikelnachweise zu Hörfunk und Fernsehen erheblich erschwert.

Bedauerlicherweise mußte eine der ehrgeizigsten bibliographischen Arbeiten der deutschen Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, der als vierteljährliche Bibliographie der Aufsätze und Artikel aus deutschen und internationalen Fachzeitschriften und -diensten angelegte:

prd. Publizistikwissenschaftliche Referate-Dienst,
hrg. vom Institut für Publizistik der Freien Universität Berlin,
München, Verlag Dokumentation Jg. 1965 ff.

sein Konzept vor einigen Jahren ändern. Dieser bis zum damaligen Zeitpunkt wohl umfassendste fortlaufende Nachweis von Aufsätzen und Artikeln zur Publizistik- und Kommunikationswissenschaft erscheint - ebenfalls mit empfindlichen Verzögerungen - seit 1974 unter Einbüßung seines ehemals vorzüglichen Umfangs als Jahresband.

Nicht minder bedauerlich ist das Ende einer Tradition der Fachzeitschrift 'Publizistik' (Konstanz). Über lange Jahre hinweg bot sie einmal jährlich ihren Lesern eine systematisch geordnete Bibliographie der Aufsatzliteratur aus ausländischen Fachzeitschriften an, die - ebenso wie beim 'Publizistikwissenschaftlichen Referate-Dienst' - mit Annotationen über Inhalt und Ergebnisse der aufgenommenen Nachweise versehen wurde. Die - vorläufig? - letzte dieser Arbeiten erschien 1975:

Arnulf Kutsch/Nina Valeska Tschierse,
Blick in die ausländische Fachpresse,
in: Publizistik 19./20. Jg. (1974/75), Nr. 3, S. 822-839,

Es bleibt zu hoffen, daß diese Tradition in nächster Zeit wieder eine Fortführung findet. Unterdessen muß man auf verschiedene andere, deutsche und ausländische Fachperiodika zurückgreifen, die ähnlich angelegte Übersichten anbieten, etwa die Zeitschrift 'Rundfunk und Fernsehen' (Hamburg) oder 'Journalism Quarterly' (Minneapolis), die aber nur bedingt die ehemalige Ausführlichkeit und Systematik der 'Publizistik' - Bibliographie vorweisen.

Von diesen genannten, fortlaufenden Bibliographien der unselbständig erscheinenden Fachliteratur unterscheidet sich nun

Rudolf Lang (Bearb.),
HÖRFUNK und FERNSEHEN. Aufsatznachweis aus Zeitschriften und
Sammelwerken. Jahresband 1980,
Westdeutscher Rundfunk, Köln - Bibliothek,
o.O. (Köln): Westdeutscher Rundfunk 1981

ebenso wie die vier bislang herausgegebenen Jahresbände (Berichtszeitraum: 1975/76 - 1979) in zweierlei Hinsicht: die vorliegende Bibliographie beschränkt sich auf Literaturnachweise zu Hörfunk und Fernsehen und sie erfaßt auch die - teilweise

versteckte - Literatur in Sammelwerken. Allerdings beschränkt sich Lang ausschließlich auf die Auswertung deutscher und internationaler Publikationen, die in die Bestände der Bibliothek des WDR aufgenommen werden.

Das erweist sich indes nicht als Einschränkung. Immerhin wertet er etwa 230 Zeitschriften aus; die 63 wichtigsten Fachperiodika und Informationsdienste, die sich vornehmlich mit den Themenkreisen "Kommunikationsforschung", "Publizistik", "Massenmedien" und "Rundfunk" befassen, hat Lang in einer Übersicht zu Beginn des Bandes zusammengestellt. Überhaupt ist sein 'Jahresband' sehr benutzerfreundlich angelegt. Die einzelnen Aufsatznachweise - für 1980 beachtliche 1.221 Titel - sind durchnummeriert. Die Erschließung wird durch ein ausgezeichnetes, 24-seitiges Schlagwortregister am Anfang, sowie durch ein umfassendes Verfasserregister (persönliche und körperschaftliche Verfasser) am Ende des Bandes ermöglicht. Als ausgesprochen hilfreich erweisen sich zudem die von Lang bearbeiteten Annotationen, mit welchen er den Inhalt der einzelnen Titel aufschlüsselt. Auch wenn diese 'Jahresbände' in erster Linie als Handreichung für die Mitarbeiter des WDR gedacht sind, auch wenn sie inhaltlich Überschneidungen etwa mit der Bibliographie 'Medienforschung' (Dortmund) oder mit dem Jahresband des 'Publizistikwissenschaftlichen Referate-Dienstes' (Berlin) aufweisen, so gelten Langs Arbeiten inzwischen doch als der zuverlässigste, umfangreichste und deshalb kaum zu entbehrende Nachweis der unselbständig erscheinenden Rundfunkliteratur zumindest des deutschsprachigen Raumes.

4.

Fazit dieser Randbemerkungen: bereits die wenigen genannten bibliographischen Unternehmen lassen es ratsam erscheinen, eine Bibliographie der Bibliographien dieses Forschungsgebietes zu erstellen, in welche auch die zahlreichen abgeschlossenen, versteckten und teilweise sehr speziellen, einschlägigen Arbeiten Aufnahme finden. Hier gibt es schon einige Anfänge, etwa bei:

Rolf Burgmer/Winfried B. Lerg,
Rundfunk,

in: Dahlmann-Waitz. Quellenkunde der deutschen Geschichte, 10.
Aufl., Bd. 2, Abschnitt 55, 1-114
Stuttgart, Verlag Anton Hiersemann 1971

Focko Eulen,
Bibliographie zur Geschichte des Rundfunks,
in: Technikgeschichte 40. Bd. (1973), Nr. 2, S. 132-147

Josef Hackforth, Ulrich Steden, Ute Alte Taigeler,
Fernsehen. Programm, Programmanalyse, Auswahlbibliographie
1970-1977,
München, Verlag Dokumentation Saur KG 1978

Wilbert Ubbens,
Auswahlbibliographie Rundfunk,
in: Jörg Aufermann, Wilfried Scharf, Otto Schlie (Hrsg.),
Fernsehen und Hörfunk für die Demokratie. Ein Handbuch
über den Rundfunk in der Bundesrepublik Deutschland,
Opladen, Westdeutscher Verlag 1979, S. 485-578

Diese Arbeiten bedürfen der weiteren Ergänzung und Fortführung.
Wer wagt es?

BIBLIOGRAPHIE

Zeitschriftenlese 20 (1.3.1981 - 31.5.1981 und Nachträge)

- Herbert Börner: Am Anfang war der Funke. Vor 85 Jahren begründete Alexander Stepanowitsch Popow die drahtlose Telegrafie, in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks. Jg. 14. 1980. H. 4. S. 29-45.
- Andrea Brunnen: Ein Intendant nimmt Abschied von der ARD. Werner Hess seit 1948 im Dienst von Kirche, Film und Rundfunk, in: Fernseh-Informationen. Jg. 32. 1981. Nr. 6. S. 119.
- Chronik des Rundfunks der DDR 1955. Vom Lektorat Rundfunkgeschichte des Staatlichen Komitees für Rundfunk beim Ministerrat der DDR, in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks. Jg. 14. 1980. H. 4. S. 46-48.
- Chronik des Rundfunks der DDR 1979. Vom Lektorat Rundfunkgeschichte des Staatlichen Komitees für Rundfunk beim Ministerrat der DDR, in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks. Jg. 14. 1980. H. 2/3. S. 56-83.
- Davin Clark: Die christliche Talkshow als Neuerung? Über Perspektiven des religiösen Fernsehens in den achtziger Jahren (in den USA. Mit Rückblick auf die siebziger Jahre), in: Kirche und Rundfunk. 1981. Nr. 31/32. S. 3-7.
- des Cryan: Educational broadcasting in Ireland, in: Educational broadcasting international. Vol. 14. 1981. Nr. 1. S. 4-5.
- Das war das "Gedächtnis im Kreuzverhör". Zum Ende einer Sendereihe, in: Südfunk. Informationen des Süddeutschen Rundfunks. Jg. 14. 1981. Nr. 3. S. 14.
- Ansgar Diller: Gefahr für die Kultur? Grenzüberschreitender Rundfunk heute und in den zwanziger Jahren am Beispiel der deutsch-dänischen Nachbarregionen, in: Funk-Korrespondenz, Jg. 29. 1981. Nr. 11. S. 3-5.
- Ansgar Diller: Im Geist der Zusammenarbeit und des guten Einvernehmens. Vor 50 Jahren: Das erste deutsch-polnische Rundfunkabkommen, in: Funk-Korrespondenz. Jg. 29. 1981. Nr. 15. S. 3-5.
- Reinhard Döhl: Neues vom Alten Hörspiel. Aus der Reihe "Versuch einer Geschichte und Typologie des Hörspiels in Lektionen". Sendung des Westdeutschen Rundfunks im III. Hörfunkprogramm (Hörspielstudio) am 29. Dezember 1980, in: Rundfunk und Fernsehen. Jg. 29. 1981. H. 1. S. 127-141.
- Christoph Ehmann: Volksbildung durch Fernsehen. Die Pläne für eine Fernsehuniversität in der Bundesrepublik, in: Materialien zur Politischen Bildung. 1981. H. 1. S. 74-79.
- Kurt Ehrich: Rudolf Singer. 10.7.1915 - 1.11.1980. Wir hatten ihm viel zu verdanken... Trauerrede zum Ableben des Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Rundfunk der DDR, in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks. Jg. 14. 1980. H. 4. S. 5-9.
- Frauen im Hörfunk. (4 Beiträge), in: Medium. Jg. 11. 1981. H. 4. S. 27-37. Jens Brüning: Mit Farbband oder mit Tonband? Zu einer medium-Reihe über das Hörfunk-Feature; Bestandsaufnahme - Eine Umfrage zum Feature (unter den Rundfunkanstalten in der BRD); Horst Lindemann: Dem Wirklichen zugewandt - Das Feature im Nachkriegshörfunk. Wilfried Nax: So gut wie keine Grenzen - Formen- und Themengeschichte des Feature.

- Walter Flemmer: Krise des Rundfunks = Krise der Bildung im Rundfunk? Die Bemessung von Bildungsprogrammen ist auch ein Indiz für politische Kultur, in: Materialien zur Politischen Bildung. 1981. H. 1. S. 79-83.
- Früherer SRG-Generaldirektor Marcel Bezençon gestorben, in: Fernseh-Informationen. Jg. 32. 1981. H. 4. S. 83.
- Fünfundzwanzig Jahre "Publizistik". Rückblick - Bilanz- Programm. Zur Entwicklung der Publizistik-/Kommunikationswissenschaft im deutschsprachigen Raum, in: Publizistik. Jg. 25. 1980. H. 4. S. 473-619.
- Giuseppe Grizzaffi: Privatfernsehen in Italien. Einführung in Tatbestand und Probleme, in: Rundfunk und Fernsehen. Jg. 29. 1981. H. 1. S. 42-50.
- Knut Hickethier: Fernsehspiel und Studentenbewegung. Ein Kapitel bundesdeutscher Fernsehspielentwicklung, in: ARD Fernsehspiel. 1981. April-Juni. S. 16-31.
- Christian Hörburger: Etabliert und anerkannt. Dreißig Jahre Hörspielpreis der Kriegsblinden, in: Funk-Korrespondenz. Jg. 29. 1981. Nr. 11. S. 1-3.
- Oskar Holl: Die glücklicheren Zeiten sind vorbei. Erfahrungen mit dem nichtkommerziellen US-Fernsehen PBS, in: Medium. Jg. 11. 1981. H. 3. S. 32-34.
- Peter A. Horn: Damals in Berlin und Paris (deutsch-französisches Fernsehprogramm 1942/43). Aufzeichnungen zur Fernsehgeschichte. T. 1-4, in: Fernseh-Informationen. Jg. 32. 1981. Nr. 3. S. 59-60, Nr. 4. S. 80-81, Nr. 4. S. 107-108, Nr. 6. S. 137-138. Mit einem Beitrag nach Gesprächen mit Kurt Hinzmann: Französisch-deutsches Fernsehen 1943-1944 in Paris, in: Fernseh-Informationen. Jg. 32. 1981. Nr. 7. S. 163-164.
- Frantisek Hrdlicka: Im Schatten der Nazis: Der Sender "Schwarze Front!", in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks. Jg. 14. 1980. H. 2/3. S. 34-55.
- Friedr(ich) Wilh(elm) Hymmen: Der Fernsehbeirat der ARD, in: Medium. Jg. 11. 1981. H. 5. S. 51.
- Marie-Luise Kiefer: Massenkommunikation 1964 bis 1980. Trendanalyse zur Mediennutzung und Medienbewertung, in: Media Perspektiven. 1981. H. 4. S. 261-286.
- Bernhard Klink: Sendet für die Revolution: Radio Habana Cuba, in: Weltweit hören. Jg. 9. 1981. Nr. 5. S. 4-6.
- Jerry W. Knudson: The Chilean Press since Allende (darin auch: radio and television), in: Gazette. Vol. 27. 1981. Nr. 1. S. 5-20.
- Claudia Lipp: Das Kinderfernsehen in der BRD. Dramatisch - dokumentarisch - spielerisch (darin auch: Die Entwicklung der Kindersendungen in der BRD), in: Der Medienmarkt für Kinder in der Bundesrepublik. Tübingen 1980. S. 49-72.
- Michael Lochner: Rüstiger Jubilar. "Heute Mittag" im SWF-Hörfunk, in: Medienspiegel des Instituts der deutschen Wirtschaft. Jg. 5. 1981. Nr. 17. S. 2-4.
- Rupert Neudeck: Aus der Arbeit in den Anstalten. Ansgar Skriver, porträtiert von Rupert Neudeck, in: Medium. Jg. 11. 1981. H. 3. S. 25-27.
- Henrich von Nussbaum: Berichte vom Alltag im Landesinnern. Die "Funkbilder aus Hessen", eine Feature-Reihe im HR, in: Kirche und Rundfunk. 1981. Nr. 23. S. 4-7.

- Petra Rau: Kinder vor dem Radiogerät (darin auch ein Kapitel: Zur Geschichte des Kinderfunks), in: Der Medienmarkt für Kinder in der Bundesrepublik. Tübingen 1980. S. 120-134.
- Birgit Rauen: Die italienische Spielart. Die Deformation freier Sender unterm Marktgesetz, in: Medium. Jg. 11. 1981. H. 4. S. 16-18.
- Hedwig Rohde: Die imaginative Konserve. Zu Taboris Neubelebung des Kunstwerks Hörspiel, in: Kirche und Rundfunk. 1981. Nr. 23. S. 7-9.
- Dieter Ross: "Rundfunk in Deutschland". Anmerkungen zur ersten Gesamtdarstellung seiner Geschichte, in: Rundfunk und Fernsehen. Jg. 29. 1981. H. 1. S. 82-87.
- Ronald Sassning: "Hier spricht der deutsche Volkssender, die Stimme der nationalen Friedensbewegung!" Zur Anleitung des antifaschistischen Kampfes in Deutschland durch die KPD-Sender nach der Stalingrader Schlacht. T. 2, in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks. Jg. 14. 1980. H. 2/3. S. 5-33.
- K.B. Schmaltz: 7 Jahre Schüler-Express. Rückblick und Ausblick auf die Arbeit an einem Journal für Jugendliche von zehn bis fünfzehn, in: Junior-Journal. Jg. 1. 1981. H. 3. S. 8-9.
- Ines Schmidt: Mit dem Argument Aktionen auslösen! Rundfunk und Fernsehen der DDR nach der 3. Pressekonferenz im Kampf um den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse (1959), in: Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus. 1980. H. 6. S. 459-464.
- Klaus Simon: Reflexe der Vorsicht und des Nachlesens. Politische Fernsehmagazine. Versuch einer journalistischen Bild-dramaturgie, in: Medium. Jg. 11. 1981. H. 5. S. 12-16.
- Ansgar Skriver: Du hast Deine Zeit gehabt und fängst doch wieder an. Resumee eines Betroffenen angesichts der "Reform" des WDR-Hörfunkprogramms, in: Materialien zur Politischen Bildung. 1981. H. 1. S. 53-57.
- Michael Troesser: Hörfunk und Bildungsmythen. Plädoyer für einen neuen Bildungsbegriff im Hörfunk, in: W & M. Weiterbildung und Medien. 1981. Nr. 1. S. 5-10.
- Reinhold Vöth, Horst Glänzel: 25 Jahre Programmbeirat für das Deutsche Fernsehen. Ansprachen des ARD-Vorsitzenden und des Programmbeiratsvorsitzenden (vom 23./24. März 1981), in: Deutsches Fernsehen/Pressedienst. 1981. Nr. 19. S. VI/1 - VI/6.
- Kurt Wagenführ: Staatssekretär a.D. Franz Thedieck wird 80 Jahre, in: Fernseh-Informationen. Jg. 31. 1980. Nr. 18. S. 434.
- Nic Weber: CLT - Strukturen und Optionen, in: TV Courier. Dokumentation. Jg. 21. 1981. Nr. 10. S. 1-7.
- Dagmar Wiebusch: Fernseherziehung durch Schulfernsehen? (Analyse der medienpädagogischen Sendungen des WDR-Schulfernsehens der letzten 10 Jahre), in: Praxis Schulfernsehen. Jg. 5. 1981. H. 60. S. 9-12.

BESPRECHUNGEN

Knut Hickethier: Das Fernsehspiel der Bundesrepublik.
Themen, Form, Struktur, Theorie und Geschichte 1951 - 1977.
J.B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1980
(IX, 383 S., Ln., 68,- DM).

Noch immer liegt der Schwerpunkt wissenschaftlicher Beschäftigung mit Programmgeschichte auf den Programmformen, die sich dem Zugriff etablierter Fachdisziplinen, insbesondere der Literaturgeschichte, anbieten. Müßte man die Gewichtung bisheriger programmgeschichtlicher Arbeiten zum Hörfunk als Indiz für die Strukturen und Inhalte seines Programms nehmen, dann stünde z.B. die Dominanz des Hörspiels (mit ca. 1 % Anteil an der Gesamtsendezeit und geringen Hörerzahlen) außer Frage. So werden gerade die spezifischen Möglichkeiten der elektronischen Medien nicht beachtet und nicht gefördert, eingeebnet zugunsten einer Einpassung in althergebrachte Denk- und Interpretationsmuster. Es entsteht so der Eindruck, daß wissenschaftsrelevant und kultursignifikant an Rundfunk und Fernsehen nicht das sei, was den Hauptteil ihres Programms (und ihrer Wirkung, so darf man vermuten) ausmacht, sondern das, was sie z.B. mit Literatur gemein haben.

Daß die erste umfassende Untersuchung zum bundesdeutschen Fernsehprogramm sich gerade mit dem Fernsehspiel befaßt und auch noch als Dissertation eines Literatur- und Theaterwissenschaftlers entstand, läßt diese Orientierung auch für die noch kaum begonnene Programmgeschichtsschreibung des Fernsehens befürchten. Obwohl jedoch Hickethier seine Arbeit explizit als eine "literatur- und theaterwissenschaftliche" (V) versteht, die sich z.B. auf Verfahren der Spielplananalyse stützt, ist sie kein weiterer Versuch, passende Bruchstücke aus dem Programmangebot in den literaturwissenschaftlichen Gegenstandskanon zu integrieren, sondern ein - methodisch wie inhaltlich - wichtiger Beitrag zur Programmgeschichte des Fernsehens.

Zu Recht betont Hickethier als methodisches Prinzip programmgeschichtlichen Arbeitens: "Programmgeschichte setzt also zunächst einmal Programmerfassung voraus. Denn die Auswahl dessen, was in einem bestimmten Zeitabschnitt wichtig gewesen ist, erfordert eine breite Kenntnis dessen, was überhaupt produziert wurde." (6) Grundlage seiner Arbeit ist eine vollständige Erhebung aller Fernsehspiele in den Hauptprogrammen der ARD und ZDF auf Basis der Programmankündigungen in der "Hör zu". Die EDV-unterstützte Aufschlüsselung des Materials in über fünfzig Tabellen gibt erstmals einen differenzierten Überblick zur Entwicklung des Fernsehspiels: nach Literaturadaptionen und Originalfernsehspielen, Themen und Autoren, Verteilungen zwischen den Anstalten und in bestimmten Zeiträumen usw. Da werden Literaturvorlagen nach Ländern, Entstehungszeit, Themen aufge-

schlüsselt (die während des Faschismus entstandene Unterhaltungsliteratur dient z.B. ungebrochen als Adaptionsvorlage, die bürgerlich-revolutionäre Literatur des 19. Jahrhunderts wird kaum beachtet: 156 ff), Häufigkeitsverteilungen zwischen deutsch- und fremdsprachigen Originalvorlagen festgestellt usw.

Geht schon die Erarbeitung der Analyseraster über ein rein deskriptives Verfahren hinaus, so versteht es Hickethier auch, über die Einbeziehung der Fernsehspieldiskussion in den Fachkorrespondenzen, die Berücksichtigung der technischen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen Fernsehspielgeschichte als Teil einer Programm- und Mediengeschichte sichtbar zu machen: etwa in der Analyse des Zusammenhangs der Bevorzugung von Vorlagegattungen (Bühnenwerke, Romane etc.) und Stand der Produktionstechnik (Live-Spiel, MAZ- und Filmtechnik), von politischer Westintegration der Bundesrepublik und Vernachlässigung osteuropäischer Adaptionsvorlagen und Autoren usw.

Die Fülle der plausiblen Aussagen kann hier nur angedeutet werden. Zu ihrer Erhärtung wäre es allerdings oftmals notwendig gewesen, die Quellenbasis immens zu erweitern, z.B. in Richtung auf Autorenkorrespondenz, anstalts- und redaktionsinterne Materialien. Dies allerdings kann von einem Autor, der zudem noch ohne Unterstützung der Funkanstalten arbeitete (VI), kaum verlangt werden. Die Studie macht so auch deutlich, daß Programmgeschichte eigentlich nur in Teamarbeit bzw. in koordiniertem Vorgehen mehrerer Autor(inn)en befriedigend angegangen werden kann - auch, um das jeweils gehobene und dann nur unter eingeschränkten Gesichtspunkten bearbeitete Material nicht in der Gruft privater Zettelkästen verfallen zu lassen (vielleicht ließe sich z.B. beim DRA eine allgemeiner zugängliche Archivierungsmöglichkeit für solche Materialien einrichten).

Hickethiers Dissertation gibt mannigfache Anregungen zur Weiterarbeit: etwa zur Geschichte der Fernsehspielredaktion des SDR in den fünfziger Jahren als Beispiel der Verkoppelung langfristiger Teamarbeit und konzeptioneller Kreativität; oder zur Auswirkung bestimmter Programmplatzierung auf Form und Inhalt von Sendungen - wie beim "Kleinen Fernsehspiel" des ZDF, das bis 1973 ins Werberahmenprogramm integriert war (und dessen umstandslose Einreihung in die Untersuchung mir gerade wegen dieser besonders engen Funktionsbindung fragwürdig erscheint).

Das Buch müßte für alle mit Fernsehspiel und Programmplanung Befassten Pflichtlektüre sein: es macht historische Erfahrungen verfügbar, läßt Bedingungsgefüge und Wirkungsmöglichkeiten von Fernsehspielarbeit sichtbar werden, hilft, sinnvolle Fragen an die eigene Arbeit zu stellen. Erst begriffene Geschichte ermöglicht begründetes, eingreifendes Denken und Handeln. - Für weitere programmgeschichtliche Arbeiten bietet Hickethier in der von ihm angestrebten und vorgeführten Verkoppelung programmstatistischer und kritisch-analytischer Verfahren, von "geschichtlicher Konstruktion und Rekonstruktion" (7) eines Programmbereichs ein Modell, an dem abzuarbeiten sich lohnt.

Erhard Schreiber, Wolfgang R. Langenbacher, Walter Hömberg
(Hrsg.): Kommunikation im Wandel der Gesellschaft.
Otto B. Roegele zum 60. Geburtstag.
Düsseldorf (Droste) 1980, 393 S.

Im August 1980 konnte Otto B. Roegele, von 1946 bis 1963 Chefredakteur, danach Herausgeber des "Rheinischen Merkur" und Direktor, des Instituts für Zeitungswissenschaft an der Universität München seinen 60. Geburtstag begehen. Aus diesem Anlaß erschien die hier anzudeutende Festschrift, von Mitarbeitern Roegeles in München herausgegeben. Die dreißig Beiträge aus der Feder von Kollegen aus Universitäten des In- und europäischen Auslandes wie von Rundfunkjournalisten und Politikern spiegeln in breitem Fächer Bedingungen und Praxis der journalistischen Arbeit in der Gegenwart.

"Kommunikation im Wandel der Gesellschaft" - der Titel der Festschrift, verweist auf die geschichtliche Bedingung der Medien und zugleich auf deren offene Zukunftsorientierung. Harry Pross fragt nach dem Quellencharakter der Kommunikationsmittel für die Geschichtsschreibung und entwirft Kategorien einer Mediengeschichte, die die konstitutive Bedeutung der Medien für den sozialen Wandel unterstreicht. - Karl Holzamer erinnert in einem idealisierenden Rückblick an die Bedingungen der Erfüllung des Programmauftrags einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt, für die er nicht nur als langjähriger Intendant des ZDF, sondern im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik Deutschland auch als Rundfunkrats-Vorsitzender des Südwestfunks Verantwortung trug: wesentlich bleibt für ihn die Unabhängigkeit der Gremien vom Parlament wie von den Parteien, daneben die Loyalität der Rundfunkmitarbeiter zum Intendanten und ein Minimalkonsens verbindlicher Wertvorstellungen unter den Redakteuren. - Hans Bausch nimmt einige ältere rundfunkpolitische Prognosen zum Anlaß, Orientierungen für die medienpolitische Zukunft im Zeichen der Herausforderung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkorganisation durch privatwirtschaftliche Interessen zu formulieren. Er hofft nach den "Fernseh-Urteilen" von 1961 und 1971 erneut auf ein letztes Wort der dritten Gewalt im Staat, um zu verdeutlichen, daß auch im Zeichen der "neuen Medien" Hörfunk und Fernsehen nicht einer jeweiligen politischen Mehrheit oder privatwirtschaftlichen Interessen ausgeliefert werden dürfen, sondern als eigenständige Institutionen in der Demokratie erhalten werden müssen. - In dem bis zum Ende der siebziger Jahre letztlich erhalten gebliebenen Konsens über die Organisation des Rundfunks und der Presse sieht Peter Glotz einen wesentlichen Faktor der innenpolitischen Stabilität der Bundesrepublik Deutschland. Um kurzsichtige Fehlentscheidungen zu vermeiden, empfiehlt er, über die neuen Telekommunikationstechniken eine ähnliche breite politische Diskussion wie über die Frage der Kernenergie in der Öffentlichkeit zu führen.

Im 20. Jahrhundert ist im Zeichen der durch Hörfunk und Fernsehen erheblich erweiterten publizistischen Übermittlungsmöglichkeiten die Aufgabe der Journalisten nicht leichter geworden. Die Auswahl, Bewertung und kritische Prüfung der Informationen setzt die eigenständige, unabhängige Position des Journalisten voraus. Er darf sich nie mit der Zeichnung des

herrschenden Zustandes begnügen, sondern sollte, was ist, stets an dem messen, was sein könnte. Theo M. Loch tritt für einen stets fragenden, an den Fakten orientierten und diese differenziert wertenden Journalisten ein. Zugleich fragt er nach den Ursachen der immer stärker eingeengten Mobilität von Journalisten zwischen den Rundfunkanstalten und den Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen. Darin erkennt er aus der Sicht des leitenden Rundfunkredakteurs eine Gefahr für die Kreativität des eigenen Bewußtseins.

Otto B. Roegele bewies zeit seines Lebens ein hohes Maß an Mobilität, vor allem aber auch an wissenschaftlicher Neugierde. Die bis heute aufrecht erhaltene Mitverantwortung für eine Wochenzeitung, die Mitarbeit in der Hochschule für Film und Fernsehen in München, in nationalen wie über- und internationalen wissenschaftlichen Organisationen nimmt der Sechzigjährige neben seinem Lehramt an der Universität München wahr. Daß er bei aller Treue zum eigenen Standort die "wissenschaftliche Kommunikation" in eindrucksvoller Offenheit weitergeführt hat, drückt sich nicht zuletzt in der frühzeitigen Einbeziehung sozialwissenschaftlicher Projekte mit eigener Methodik in das Forschungsprogramm seines Instituts aus. Dem breiten wissenschaftlichen Spektrum des Jubilars wie seiner journalistischen Verantwortungsbereitschaft entspricht die thematische Vielfalt der Beiträge zur Festschrift; diese könnte künftig einmal als Quellenbuch eines kommunikationsgeschichtlichen Verständnisses zu Beginn der achtziger Jahre empfunden werden.

F.P. Kahlenberg

Hartmut Reichardt (Hrsg.): Neue Medien - Alte Politik.
München 1981, Verlag Ölschläger, 182 S.

Bei den Vorbereitungen eines Seminars mit dem Titel "Kommunikationspolitik" bibliographiert und recherchiert der Seminarleiter interessiert und optimistisch die o.g. Publikation, verbinden sich doch mit dem Titel ganz dezidierte Erwartungen an Argumentationsmustern und Auseinandersetzungen bezüglich sogenannter Neuer Medien - dem kommunikationspolitischen "Zauberwort" der beginnenden achtziger Jahre.

Als erste Reduzierung der subjektiven Ansprüche muß zur Kenntnis genommen werden, daß es sich bei dem Sammelband um eine Tagungsdokumentation vom Februar 1980 handelt, die durch die Evangelische Akademie Loccum institutionell und dem Herausgeber als Studienleiter dieser Einrichtung personell verantwortet wurde. Damit müssen vielfältige Ansprüche - Landtagshearings, Ministerpräsidentenkonferenz, Pilotprojektdiskussion etc. - allein aus terminlichen Gründen ausgeblendet werden.

Erstaunen muß dann beim Lesen des Inhaltsverzeichnisses aufkommen, wenn neben den ausgewiesenen Titeln auch die dazu angeführten Autoren, wiederum - wie häufig eigentlich noch - bereits

bekannte, vielfältig publizierte Interessenstandpunkte (z.B. Deutsche Bundespost) sowie überwiegend die technischen Determinanten, eben nicht die politischen Implikationen, dem Leser zur Rezeption anbieten. Die Netzträgerschaft, das Postgesetz sowie das Fernmeldeanlagenengesetz sind für jeden Seminaristen vielfältig einsehbar, wissenschaftliche Diskussionen darüber in fast jeder Fachzeitschrift seit Jahren zu verfolgen. Im zweiten Abschnitt gibt ein Vertreter der Prognos AG - ähnlich wie in "Media Perspektiven" und "Weiterbildung und Medien" zuvor (!) - Ergebnisse von Studien und Prognosen zum besten, ehe wiederum die Technik eindeutig im Vordergrund steht. In den beiden folgenden Kapiteln werden Bildschirmtext und Satellitenfernsehen - mit den dazu bereits mehrfach ausgewiesenen Autoren - diskutiert, wiewohl gerade diese beiden Erweiterungen der "Kommunikationslandschaft" durch Feldversuche und die aktuelle Diskussion in ihrem damaligen (Beginn 1980) Stellenwert und in der medienpolitischen Einschätzung obsolet geworden sind. Einzig der Beitrag von Mario Hirsch über RTL und die Satellitenabsichten könnte für ein Seminar von Nutzen sein. Abschließend muß man auf die medienpolitischen Statements von hochkarätigen Experten (Peter Glotz, Rötger Groß, Willibald Kimmel, Reinhold Kreile) besonders gespannt sein, könnte doch zumindest hier der Anspruch von Tagung und Publikation aufzuspüren sein. Aber die abgedruckten 36 Zeilen von Peter Glotz - dennoch im Autorenverzeichnis genannt - vermögen weder den Anspruch einzulösen noch die Enttäuschung für die vergebliche Seminarvorbereitung zu lindern.

So müßte dann doch wenigstens - denkt der Rezensent - der Herausgeber in seinem Vorwort und seiner Einleitung für Diskussionspunkte und Anregungen zitabel sein. Reichardts schnellem und oberflächlichem "Rutsch" durch 60 Jahre Rundfunkpolitik muß sein eigenes Zitat entgegengehalten werden, daß man in der Medienpolitik "getrost grob sein (kann) und übertreiben" darf. (S. 21)

Genau an dieser grobschlächtigen und unsystematischen Diskussion hat die generelle und immer dringender werdende Kommunikationspolitik schwer zu tragen. Aber wenn es der Herausgeber doch bei Übertreibungen und Allgemeinheiten belassen hätte. Glaubt man bei der ersten Falschmeldung des Datums über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom angeblich 28. Februar 1960 (!) noch an den immer entschuldigenden Druckteufel (S. 15), so kann dieses Versehen bei der zweiten historischen Fehlleistung mit demselben Datum auf der Seite 20 eigentlich nicht mehr gelten...

Verlage sollten mit wichtigen Rohstoffen und Herausgeber und Leser mit wichtigen zeitlichen Ressourcen zukünftig sensibler umgehen. Aber genau das befürchtete der Herausgeber offensichtlich, als er - ohne vom Lektor beim Wort genommen zu werden - auf der Seite 23 ausführte:

"Es macht deswegen auch wenig Sinn, wenn Verteidiger des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems den ganzen Pessimismus dieser Welt auffahren, bergeweise Bücher schreiben und eine medienpolitische Tagung, ein Hearing nach dem anderen inszenieren...".
Genau!

Sigfrid von Weiher: Tagebuch der Nachrichtentechnik von 1600 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte der Technik, Berlin (VDE-Verlag) 1980, 199 S.

Die Technik der Nachrichtenübermittlung ist eine Grundvoraussetzung der gesellschaftlichen Kommunikation, die Kenntnis ihrer geschichtlichen Entwicklung Voraussetzung jeder Beschäftigung mit der Geschichte der Medien. Die Nachrichtentechnik hat seit dem Ende des 19. Jahrhunderts eine rasche, den Optimismus eines unaufhaltsamen technischen Fortschrittglaubens im Bewußtsein der Bevölkerung geradezu stimulierende Entwicklung erfahren. Keineswegs nur im Zweiten Weltkrieg wirkten militärische Bedürfnisse als Antrieb technischer Innovation. Mit dem Funkverkehr wurde in der Zeit des Imperialismus die interkontinentale Kommunikation von Wochen auf die Dauer von Minuten reduziert, das Telefon als Massenkommunikationsmittel schuf ebenso wichtige Voraussetzungen für sozialen Wandel wie die Kinematographie wie der Rundfunk mit Hörfunk und Fernsehen. Auf knappen 200 Seiten unternahm der Leiter des Archivs der Siemens AG in München, Sigfrid von Weiher, den Versuch, die wichtigsten Daten der Nachrichtentechnik seit dem 17. Jahrhundert in einem chronologischen Überblick zusammenzufassen.

So unvermeidlich kurz angesichts des knappen verfügbaren Raumes die Erläuterungen zu einzelnen Erfindungen oder ersten Anwendungen bestimmter Techniken auch ausfallen mußten, frage ich mich doch, ob die strikte Zuschreibung der Einzelbeiträge zu zuverlässig ermittelten Tagesdaten ein optimales Verfahren darstellt. Zwar erklärt der Verfasser sein Vorgehen mit der Vorgeschichte seines Buches - die Einzelbeiträge erschienen seit 1975 in der Nachrichtentechnischen Zeitschrift mit Hinweisen auf Jubiläen -, aber die auf den Tag eines Ereignisses zugeschnittene Information setzte gerade für die Zeit vom 17. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts vermutlich erheblichen Aufwand voraus. Eine annalistische, jahrgangsweise zusammengefaßte Notation hätte vermutlich erlaubt, die Fortschritte in den einzelnen technischen Disziplinen parallel und in Ansätzen systematisch zu charakterisieren, vielleicht wären dann auch Hinweise auf ökonomische Bedingungen industrieller Auswertungen von Erfindungen möglich geworden. Mit Recht verweist der Verfasser auf die unvermeidliche Subjektivität der Auswahl von Ereignissen und Personen in seinem "Tagebuch", die hier auch nicht diskutiert werden soll. Jedoch hätte wegen des Zwangs zur Beschränkung die Doppelerwähnung von Personen mit kurzer biographischer Charakteristik bei Geburts- und Todestag der Betroffenen vermieden werden sollen. Anerkennung verdient die Sorgfalt der Auswahl der zahlreichen Illustrationen, sie mögen die intendierte weite Verbreitung des Bändchens unterstützen.

F.P. Kahlenberg

Gesamtverzeichnis der Tonträger Nr. 1: Zeitgeschichte 1946-1954. Hrsg. Gottfried Kaufmann und Wolfgang Adler, Bearbeitet von Ulf Dohrmann, Sender Freies Berlin (= SFB-Archiv Bd. 1), Berlin o.J. (1980), XII und 268 S.
Tondokumente im Schallarchiv des Norddeutschen Rundfunks, Bd. 9: Tondokumente des Jahres 1958, Hrg. von Dietrich Lotichius, bearbeitet von Marion Hackel, Hamburg 1981, 4 ungezählte, 73 und X S.

Nach dem Norddeutschen Rundfunk, dessen Kataloge der Wortaufnahmen im Schallarchiv wie die Reihe der Bild- und Tonträgerverzeichnisse des Deutschen Rundfunkarchivs seit 1972 erscheinen, und nach der bislang einmaligen Veröffentlichung eines Katalogs, durch das Schallarchiv des Westdeutschen Rundfunks im Jahre 1978 (vgl. Mitteilungen 5, 1979, S. 160 ff.) hat sich erfreulicherweise auch der Sender Freies Berlin entschlossen, Verzeichnisse seiner Tonträger zu veröffentlichen. Der erste im Vorjahr erschienene Band umfaßt die Bestände aus den Jahren 1946 bis 1954, d.h. aus der Zeit vor der Aufnahme des Sendebetriebs durch den SFB am 1. Juni 1954. Im strengen Sinne handelt es sich bei den 751 beschriebenen Tonarchivalien um die erhaltenen Tondokumente aus der Tätigkeit des Nordwestdeutschen Rundfunks in Berlin, ergänzt um Aufnahmen aus dem im Jahre 1956 von der sowjetischen Militärregierung dem Senat übergebenen "Haus des Rundfunks" und um Sammelaufnahmen aus den Beständen des Geheimen Staatsarchivs in der Stiftung preußischer Kulturbesitz. Die Umstände der unterschiedlichen Provenienz machen erklärlich, daß die im Katalog erfaßten Tondokumente im Grunde das politische wie kulturelle Geschehen in Gesamtberlin fast gleichrangig repräsentieren. Erfreulich ist die große Dichte der Tonaufnahmen von Sitzungen sowohl des Abgeordnetenhauses wie der Stadtverordnetenversammlungen der frühen Wahlperioden, eine Fundgrube primären Quellenmaterials für jeden Berlin- wie Zeithistoriker, dem die Einschätzung des zeitgenössischen politischen Stils, des Engagements der im Osten wie Westen der geteilten Stadt agierenden Funktionäre der politischen Parteien über die schriftlichen Zeugnisse hinaus zu erfahren, ein Anliegen ist. Hervorhebung verdienen die zahlreichen Zeugnisse der Theaterkultur im Berlin der Nachkriegszeit, die breite akustische Dokumentation der Kabarett-Szene, des Musiklebens wie des Filmschaffens der Stadt. Daß Berlin trotz aller politischen Belastungen der Stadt im Ost-West-Konflikt in der Nachkriegszeit ein Mittelpunkt des kulturellen Lebens geblieben war, beweisen diese von der Zahl her eher bescheidenen, im Reichtum der dokumentierten Stimmen von Künstlern aber überraschenden Tondokumente aus dem Schallarchiv des SFB auf eindrucksvolle Weise.

Der relativ späte Beginn der Veröffentlichung der Kataloge aus dem Schallarchiv des SFB legte die Nutzung der dokumentarischen Erfahrungen der Kollegen im NDR wie im Deutschen Rundfunkarchiv nahe. So braucht es nicht zu überraschen, daß die Beschreibungselemente den Bedürfnissen voll entsprechen, deren Ausführung keinen Einwand rechtfertigt. In der Übereinstimmung mit den formalen wie inhaltlichen dokumentarischen Erschließungsrichtlinien mit jenen des Schallarchivs des NDR kann nur der Vorteil der Kompatibilität erkannt werden! Daß die Parallelität der Überlieferung in Berlin zu den Beständen im Schallarchiv des

NDR kaum gegeben, bei den politischen Tonaufzeichnungen zu den Beständen des Deutschen Rundfunkarchivs indessen dichter ist, beeinträchtigt nicht den ideellen wissenschaftlichen wie praktischen Wert der Berliner Überlieferung für die Programmarbeit wie für den Rundfunkhistoriker. Im Gegenteil, angesichts der insgesamt ohnehin schmalen Bestände aus der unmittelbaren Nachkriegszeit datierender Tonaufzeichnungen in den Archiven der Rundfunkanstalten ist jede einzelne Aufnahme von unersetzlichem Quellenwert.

Im Unterschied zu dem Band aus dem SFB kann der NDR bei der Folge seiner Katalogbände die Vollständigkeit der veröffentlichten Dokumentbeschreibungen seit einigen Jahren aus Kapazitätsgründen leider nicht mehr gewährleisten. Die im 9. Band beschriebenen Wortaufnahmen aus der Programmarbeit des NDR dürfen insofern nicht als Bestandsverzeichnis mißverstanden werden (vgl. zuletzt Mitteilungen 6, 1980, S. 159 f.). Was aber trotz widriger Umstände mit den 185 Einzelaufnahmen und nachgewiesenen 38 Hörspielen im Jahresband 1958 an Tondokumenten beschrieben wurde, gibt einen zuverlässigen Eindruck von der Programmarbeit des NDR in Hamburg zu jener Zeit. Die formale Gestaltung entbehrt inzwischen keiner professionellen Möglichkeit, ist bei aller Routine zuverlässig und vorbildprägend. Das gilt nicht zuletzt für die erarbeiteten Sach- und Personenindices, die für jedes denkbare programmgeschichtliche wie -praktische Interesse einen raschen Zugriff zu den relevanten Dokumenten ermöglichen.

Offen bleibt die Frage nach der Haltung der Schallarchive in all jenen Anstalten der ARD, die bislang keine Veröffentlichung von Beschreibungen der in ihren Schallarchiven vorhandenen Tonträger vorgelegt haben. Die Beispiele beweisen, daß rechtliche Komplikationen nicht zu befürchten sind. Der Gewinn für eine praktische Programmarbeit in den Hörfunk-Redaktionen der Anstalten selbst wie für eine in wachsendem Umfang auf programmgeschichtliche Fragestellungen sich konzentrierende Rundfunkgeschichte liegt, das sollten die Beispiele der Veröffentlichungen von DRA, NDR, SFB und WDR auch gelehrt haben, auf der Hand. Weshalb also sollte eine vermutlich falsch verstandene Zurückhaltung daran hindern, das akustische Programmvermögen eines Bayerischen, Süddeutschen, Westdeutschen, Hessischen und Saarländischen wie des Südwestfunks in Katalogen nach dem Vorbild von NDR und SFB zugänglich zu machen?

Friedrich P. Kahlenberg